

EVANGELISCHE
MONATSHEFTE
ZUR
GESELLSCHAFTSPOLITIK

4. JAHRGANG
AUGUST 1955

Die 5 Mit- arbeit

GERTRUD OEHLKE

Das Alter als soziale Frage

Das Alter, im Rahmen der Sozialversicherung verstanden, ist ein feststehender Begriff und beginnt in der Regel mit dem 65. Lebensjahr, oft als spürbar empfundener Einschnitt im beruflichen Leben des Menschen. Dieser Einschnitt vollzieht sich nicht in allen Berufsgruppen, sondern vor allem in denjenigen, die in den bestehenden drei Altersversorgungen: Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung, zusammengefaßt sind. Diese Regelung gilt für Deutschland und die meisten europäischen Länder.

Nun können Alterserscheinungen früher oder später eintreten. Früher eintretenden Alterserscheinungen kann nach dem Gesetz eine entsprechend früher einsetzende Altersversorgung Rechnung tragen, für eine später eintretende Alterserscheinung gibt es bis jetzt noch keinerlei gesetzliche Regelung. Hier soll jedoch eine weitere Gruppe, die auch im Alter versorgt ist, der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden, und zwar die Gruppe der Beamten, die ebenfalls in der Regel mit dem 65. Lebensjahr aus dem Berufsleben ausscheidet. Zu fragen bleibt in diesem Zusammenhang nach dem Personenkreis, der nicht unter derartige Versicherungen und damit Versorgungen fällt. Da ist zunächst die Gruppe der Selbständigen, von der in der Regel anzunehmen ist, daß ihr Einkommen eine Höhe erreicht, von der aus sie die Sorge für ihre Altersversicherung selbst vornehmen kann. Unter diese Gruppe sind vor allem Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende zu rechnen. Ferner ist hier die große Gruppe der freien Berufe zu erwähnen, von der wir wissen, daß nur ein Teil dieser Gruppe in der Lage ist, durch entsprechendes Einkommen für das Alter vorzusorgen. Als dritte Gruppe dieses Personenkreises gelten die selbständigen Kräfte in der Landwirtschaft und darüber hinaus die in ihr mithelfenden Familienangehörigen.

Betrachten wir den Altersaufbau in unserem Volke heute, stellen wir mit Bestürzung und Erschütterung als Ergebnis zweier Kriege — wenn auch nicht

allein von diesen — eine Überalterung, d. h. ein unverhältnismäßiges Ansteigen des Anteils der höheren Lebensalter in der Bevölkerung fest. Diese Überalterung ist bedingt durch a) geringere Geburtenzahl (weniger junge Menschen), b) Abnahme der Sterbefälle, c) längere Lebensdauer, d. h. mehr alte Menschen. Dazu kommen noch folgende Faktoren: Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist erfolgreicher geworden, die Infektionskrankheiten haben abgenommen und eine fortschreitende Besserung der öffentlichen Hygiene ist zu konstatieren. In Zahlen ausgedrückt, die plastisch diese Entwicklung dokumentieren, heißt das:

1900 kamen auf je 1000 Einwohner 36 Lebendgeborene,

1925 kamen auf je 1000 Einwohner 20 Lebendgeborene,

1950 kamen auf je 1000 Einwohner 16 Lebendgeborene,

d. h., in den letzten 50 Jahren hat sich die Zahl der Lebendgeborenen auf je 1000 Einwohner um mehr als die Hälfte verringert. Es wurden also 1950 etwa die Hälfte Kinder weniger geboren als 1900.

Demgegenüber rückt die Sterbegrenze weiter hinauf. Von 100 Gestorbenen waren 60 Jahre und älter:

1900 — 25 Personen,

1925 — 40 Personen,

1950 — 63 Personen.

Haben wir bei den Geburten gesehen, daß hier innerhalb von 50 Jahren eine Abnahme um etwa 50 Prozent erfolgt ist, sehen wir beim Vergleich dieser letzten Zahlen, daß im Laufe der letzten 50 Jahre etwa doppelt soviel Menschen erst nach Vollendung des 60. Lebensjahres starben als 1900.

Nicht nur das Sterbealter ist höher geworden, gleichzeitig ist auch eine Abnahme der Sterbefälle von Menschen, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zu verzeichnen.

Die mittlere Lebenserwartung eines Neugeborenen, d. h. die Chance, die im allgemeinen ein Mensch zu leben hat, stieg:

1900 lag die mittlere Lebenserwartung bei 45 Jahren,

1925 lag die mittlere Lebenserwartung bei 57 Jahren,

1950 lag die mittlere Lebenserwartung bei 65 Jahren.

Während noch 1900 die rein theoretisch errechnete Lebenschance des Menschen in Deutschland beim 45. Lebensjahr lag, ist sie bis 1950 um 20 Jahre gestiegen. Hier entsteht die Frage, ob es dem Menschen vergönnt sein wird, innerlich leben zu können, d. h. also, ob er aus diesen 20 Jahren mehr etwas machen kann, oder ob diese 20 Jahre nur dazu beitragen, den Zwang, noch längere Zeit ein inhaltsloses Dasein zu fristen, zu verlängern. Darauf soll noch eingegangen werden.

In der Schweiz hat man festgestellt, daß nur 5 Prozent der über 65jährigen Menschen pflegebedürftig sind. Das sind Angaben, die sich mit Erhebungen ähnlicher Art in Amerika decken und auch Gültigkeit für andere Länder haben. 95 Prozent der über 65 Jahre alten Menschen sind also im Vollbesitz der Kräfte, mit denen sie ihr Leben gestalten können.

Es erschien notwendig, diese statistischen Angaben zu machen, ohne die die wirkliche Erfassung der Situation und der sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht möglich ist. Zusammenfassend sollen noch einmal positive und negative Ursachen der Überalterung in der Bevölkerung aufgeführt werden:

Positiv ist zu werten: Erfolgreiche Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, erfolgreiche Bekämpfung der Infektionskrankheiten, Verbesserung der öffent-

lichen Hygiene, fortschreitende Aufwärtsbewegung des Lebensstandards (Fragen der Ernährung, Wohnung, Erholung, Reisen etc.).

Negativ dagegen ist zu werten: Zwei Kriege mit dem Ausfall einer ganzen Generation, dem Sterben der Jüngeren und dem Übrigbleiben der älteren und alten Generation unter völlig veränderten Lebensbedingungen, die Auswanderung eines Teiles der am Leben gebliebenen jüngeren Generation wegen Mangel an Lebensraum und die Abnahme der Geburtenziffern.

Eines der wichtigsten Probleme in der Behandlung unserer Frage ist die Frage nach dem Verhältnis von der Jugend zum Alter. Rechtlich sind in den meisten Kulturländern die Beziehungen zwischen Kindern und Eltern ähnlich wie bei uns geregelt. Es besteht eine gegenseitige Unterhaltungspflicht — allerdings mit der Einschränkung, daß Kinder ihren Eltern (und Großeltern) nur soweit unterhaltungspflichtig sind, als es ohne Gefährdung ihres eigenen standesgemäßen Unterhaltes möglich ist. Wenn es dafür eine Rechtfertigung gibt, dann vielleicht diese: Die Sorge der Eltern für die Kinder entspringt einem natürlichen Trieb. Die Sorge der Kinder den Eltern gegenüber beruht dagegen weniger auf einem instinktmäßigen Verhalten als vielmehr dem Gefühl der Dankbarkeit. Es sind hier also mehr ethische Motive maßgebend, auf welche die Jugend heute immer wieder hingewiesen werden sollte. Um das Verhalten zwischen Eltern und Kindern nicht zu trüben, sollte in unserem sozialen Bemühen der Hinweis auf die gesetzliche Unterhaltungspflicht mehr als ein moralischer Druck benutzt werden. Zwang auf dem Wege der Klage ist nur dann zu vertreten, wenn eine Benachteiligung des Verhältnisses von den Eltern zu den Kindern nicht zu befürchten ist.

Nun ist es jedoch ein offenes Geheimnis, daß in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern an vielen Stellen ein Bruch eingetreten ist. Die verschiedensten Faktoren, von denen hier nur einige angeführt werden sollen, haben dabei mitgewirkt und wirken noch heute: Fortschreitende Industrialisierung, Wohnungsnot, Vertriebenenschicksal, Evakuiertendasein, Wirtschaftskrisen, Währungsstörungen. Aus dem jungen — 20jährigen Menschen, der um 1900 vom Land in die Stadt kam, ist heute der alte Mensch geworden. Aus der „dreistöckigen“ Familie (Großeltern, Eltern, Kinder), wie wir sie noch auf dem Lande antreffen, ist im Zuge der Entwicklung vor allem in der Stadt die „zweistöckige“ Familie geworden. Mit dieser von außen her sich bestimmenden Entwicklung begann die Trennung zwischen alt und jung. Die Alten blieben zunächst, als die Jungen in die Stadt zur Aufnahme von Arbeit gingen, zurück auf dem Lande. Heute sind die in der Stadt alt gewordenen Menschen bei den gegebenen Wohnungsverhältnissen gezwungen, für sich allein zu wohnen.

Das harte Schicksal der Vertriebenen und Evakuierten und der für das verkleinerte Deutschland sehr reduzierte Wohnraum sind dem „Wieder-mehr-zusammen-leben“ doch förderlich gewesen. Wenigstens kann man sagen, daß diese Verhältnisse mehr förderlich als abträglich sich ausgewirkt haben. Wie oben schon angedeutet, bringen diese veränderten Lebensbedingungen jedoch gerade viele Nöte mit sich. War es für die Alten schon nach dem ersten Weltkrieg eine erschreckende Feststellung, daß sich die jüngere Generation den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit so schnell anpaßte und unter den Einwirkungen der Inflation dazu neigte, sich um die Zukunft wenig Sorge machen, haben sich diese Gegensätze zwischen den Generationen nach dem letzten Krieg noch weiter vertieft. Diese Gegensätzlichkeit

und die Not, einander nicht mehr verstehen zu können, fußt auch auf den verschiedenen Auffassungen über die Erziehung der Kinder und auf dem heute von vielen jüngeren Menschen gelebten Lebensstil, in dem neben der Arbeit nur noch Kino, Kriminalroman und Fußball einen beständigen Platz haben.

Aus dieser Sicht ergibt sich als Aufgabe der Gemeinschaft, daß das Altersproblem zunächst einmal als Gemeinschaftsproblem gesehen wird. Vergessen wir nicht, daß die wenigsten Menschen „Lebenskünstler“, die sich ihr Leben nach eigenem Ermessen gestalten können, sind. Ein Gefühl der Wehr- und Nutzlosigkeit, das die alten Menschen so oft überfällt und unglücklich macht, ist mit daran schuld, daß sich so viele in der letzten Phase des Alters nicht zurechtfinden. Es darf uns nicht gleichgültig sein, daß viele alte Menschen mit ihren zusätzlichen Jahren nichts anzufangen wissen und daß dadurch wertvolle Jahre brach liegen. Die Praxis lehrt, daß beim Herankommen des Tages der gesetzlichen Alters- und Pensionsgrenze der einzelne mehr an seiner Arbeit hängt, als er es vorher vielleicht wahrhaben wollte.

Von der Gemeinschaft her ließe sich nun in erster Linie die Wohnungsfrage entscheidend beeinflussen. Eine Ausstellung holländischer Architekten demonstrierte recht eindrucklich, wie an die Lösung dieser Frage herangegangen werden sollte: Kleine Wohnungen für junge, noch kinderlose Familien müssen zur Verfügung stehen. Für die kinderreichen Familien sollten größere Wohnungen da sein mit einem Seitenflügel (treppenlos) für die Alten. Um diesen Seitenflügel gruppieren sich kleine Gärten, in denen die Alten sitzen können und die sie nach Kräften auch selbst bearbeiten können. Ein wichtiger Punkt ist damit bereits angeschnitten: Hier haben die alten Menschen eine Aufgabe, die ihnen Mut und Freude zu und an ihrem Altendasein gibt. Wichtig ist vor allem auch die Planung größerer Wohnungen zu Preisen, die es gestatten, auch von den Großeltern mit bewohnt zu werden. Weniger die Heimunterbringung der alten Menschen ist anzustreben, als vielmehr die Möglichkeit, die Generationen miteinander leben zu lassen. Immerhin, das soll hier mit Nachdruck betont werden, würde sich durch solche Maßnahmen der Bau von Heimen nicht erübrigen. Für einen Teil der alten Menschen ist es nach wie vor notwendig, in Alterspflegeheimen und Alterspflegestationen eine Unterbringungsmöglichkeit zu haben. Außerdem ist ohne Frage die Aufnahme von kranken — namentlich an Altersschwäche leidenden — alten Menschen in Siechenheimen notwendig. Die Ausgestaltung solcher Altersheime ist ein weites Kapitel, dem wir uns in diesem Rahmen nur am Rande widmen können. Hingewiesen soll jedoch werden auf die Tatsache, daß es für den alten Menschen von außerordentlicher Wichtigkeit ist, in nicht zu kleinen Zimmern wohnen zu müssen, sondern in Räumen, die eine Unterbringung von eigenen Möbeln usw. — sofern er in der glücklichen Lage ist, noch solche zu besitzen — zulassen.

So sehr mit dem Mangel an Pflege- und anderem Personal in den Altersheimen — wie überall — zu rechnen ist, so wenig kann um des geringen Personals willen der Tagesablauf des alten Menschen nach den Bedürfnissen des Personals eingerichtet werden. Auffallend ist, daß viele Altersheime über keine Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die alten Menschen verfügen. In der Regel würde es sich um freiwillige Mitarbeit handeln müssen. Es soll hier auch kurz auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den alten Menschen in den Altersheimen an der Selbstverwaltung der Heime teilnehmen zu lassen. Es liegt angesichts der Realität des Mangels an Pflegepersonal nahe, die Bereitwilligkeit der Mitarbeit von Bewohnern der Altersheime zu nutzen, um den Mangel an Personal durch einen Reichtum an frohen, zufriedenen, ja leistungsstolzen

Arbeits- und Lebensgemeinschaften in unseren Altersheimen zu ersetzen. Viele Gespräche mit alten Menschen haben gezeigt, daß sie eine Selbstverwaltung und Mitarbeit in größerem Rahmen begrüßen würden.

Unsere Betrachtung soll sich im folgenden mit den Möglichkeiten der Arbeit alter Menschen beschäftigen. Vorschläge sind gemacht worden, den Alten eine ehrenamtliche Tätigkeit in Organisationen und Betrieben zuzusichern. Weiter sind viele Möglichkeiten in der Heimindustrie geboten und drittens ist oft eine eigene Produktionsmöglichkeit, z. B. in der Spielwarenherstellung gegeben. Zur ehrenamtlichen Tätigkeit ist zu sagen, daß solche Mitarbeit abhängig ist von der Zustimmung, die sich hier in einer inneren Zustimmung äußert, zur ehrenamtlichen Tätigkeit selbst. Die Näh- und Flickstuben oder Schreibstuben für Männer und Frauen sind häufig nicht unmittelbar genug am Werk, d. h. sichtbar genug in ihrer wirklichen Nützlichkeit und in ihrem Sinn und Wert. Es hat sich gezeigt, daß diese Art der Arbeit, wenn sie nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem sichtbaren Nutzen steht und auch für den einzelnen einen materiellen Nutzen abwirft, nicht mehr dem Willen und Leistungsvermögen der alten Menschen heute entspricht.

Die Frage der Vergebung von Heimindustrie z. B. an Altersheime wird in fast allen Fällen abhängen von den in der Nähe des Heimes arbeitenden Industrien und wird weiter abhängen von dem Erfindungsreichtum und der Durchsetzungskraft der leitenden Kräfte eines solchen Heimes. Wie oben schon gesagt, ließe sich auch an eigene Produktionsmöglichkeit denken. Aus Amerika sind Beispiele solcher Arbeit der Alten bekannt geworden.

Sicher ließe sich über die Bedürfnisse und den Willen der alten Menschen, an der Arbeit teilzunehmen, einiges erfahren durch die Einrichtung von Beratungsstellen für alte Menschen. Nach unseren Erfahrungen mit einer regelmäßigen Sprechstunde für berufstätige Frauen in Hamburg, die vorwiegend von älteren Menschen besucht wird, ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß eine Stelle da ist, die sich der alten Menschen in liebevollem Verständnis annimmt und Zeit hat, sie anzuhören. Erfahrungsgemäß bedarf es in solchen Fällen vieler Zeit.

Die bestorganisierte Fremd-Hilfe reicht jedoch nicht aus, wenn nicht Familien-Hilfe und Selbst-Hilfe hinzutritt. Die Stützen des Alters liegen letztlich in dem Gefühl der Familienzusammengehörigkeit, was am sinnvollsten von außen, von der Wohnungsfrage her, in Angriff genommen werden muß. Um zu erreichen, daß das heranwachsende Geschlecht den Wert der Familiengemeinschaft erkennt und in dankbarem Entgelt der Sorgen und Mühen, die die Eltern um der Kinder willen auf sich genommen haben, sich nun seinerseits der Eltern annimmt, sollten alle modernen Mittel (Radio, Film, Zeitschriften etc.) herangezogen werden. Warum sollte nicht auch einmal ein Film die Probleme des Alterns, wie sie sich von der Familie her darstellen, in Angriff nehmen?

Gerade in solchen Auseinandersetzungen der gegenseitigen Achtung und in einer von der Jugend her wieder selbstverständlichen Ehrfurcht vor dem Alter könnten Wert und Bereicherung — und damit Annäherung der Generationen — liegen. Hier liegt, um mit Fontane zu sprechen, „ein weites Feld vor uns“.

Winston Churchill sagte während des Krieges einmal, ein nach dem Kriege in Freiheit arbeitendes Deutschland sei in der Lage, in zehn oder fünfzehn Jahren trotz aller Niederlagen wieder eine Machtposition zu erlangen. Dem müsse begegnet werden, indem dieses Deutschland unter schärfster Kontrolle gehalten würde. Dieses Wort wird heute nicht seines politischen Gehaltes wegen zitiert — die Verlagerung der Kräfte in der Weltpolitik hat die Vorzeichen der Churchill'schen Konzeption verkehrt —, es wird jedoch gern von manchem Deutschen auf unser „deutsches Wirtschaftswunder“ bezogen und angewendet. Was hat es damit auf sich? Die Wirtschaft des westlichen Teiles unseres Vaterlandes floriert. Aus Trümmern, aus dem Erbe eines mörderischen Krieges ist neues Leben entstanden. Die großen Unternehmen werfen hohe Dividenden ab, deutsche Exportartikel erobern die Weltmärkte, ein großer Teil der um uns lebenden Menschen ist materiell gesichert. Die Banken verzeichnen ein sprungvolles Emporschnellen der Spareinlagen: die Deutschen sind da, „Made in Germany“ hat wieder Klang bekommen. An die Stelle von Ratlosigkeit und Angst ist der Blick nach der Uhr getreten, der Zeitnehmer ist souverän geworden.

Haben wir die Folgen des Krieges überwunden? Wenn wir so fragen — bedenken wir dann auch die weit über 10 Millionen Renten- und Unterstützungsempfänger heute? Wenn wir so fragen — bedenken wir dann auch, daß jeder arbeitende Bürger unseres jungen Staates einen Mitbürger durch seiner Hände Arbeit mit ernähren muß? Bedenken wir, daß weithin private Initiative und Lebensmeisterung der Mutlosigkeit den Platz geräumt haben?

Das alles drückt unsere Skizze aus. Sie ist zeitlos. Sie galt für gestern, gilt für heute, wird für morgen gelten. Sie führt uns mit erbarmungsloser Nüchternheit hinein in die Problematik der Zeit und unseres eigenen Lebens.

Wir sind Menschen unserer Zeit. Unsere Epoche hat Althergebrachtes, Überkommenes, Traditionelles hinweggefegt. Wo steht die christliche Kirche? Hat sie den Umschwung mitvollzogen? Spricht sie hinein in die weiten leeren Räume, die der Durchdringung harren?

Die nebenstehende Zeichnung entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem „Sonntagsblatt“, 8. Mai 1955, Nr. 19. Erich Behrendt (Hamburg) schuf sie unter dem Titel „Zehn Jahre danach“.



Willi Lauk

„Body, mind and spirit“

Sozialarbeit im Geist des roten Dreiecks

Zur Hundertjahrfeier des CVJM in Paris

August 1955 in Paris

Man kann es mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen: Im August 1955 wird die Welpresse von einem Ereignis in Paris Notiz zu nehmen wissen: Tausende junger Männer und junger Mädchen werden sich in Paris zur Hundertjahrfeier des Weltbundes des CVJM versammeln. Von überall her werden Tausende von jungen Menschen Tausende von Kilometern zu Wasser, zu Lande und in der Luft zurücklegen, beträchtliche Summen für diese Reise ausgeben, nur um dabei zu sein.

Eine politische Weltkonferenz auf höchster Ebene wird es nicht sein, und doch werden dort in Paris die brennenden Fragen der Weltpolitik von den Mitgliedern eines Weltbundes erörtert. Eine ökumenische Kirchenversammlung wird es ebenfalls nicht sein, und doch wird man sich mit den Spannungen und Gemeinsamkeiten der christlichen Konfessionen und Kirchen befassen. Es wird weder eine Unternehmer- noch Arbeitertagung sein, und doch werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer beisammen sein und alle einschlägigen sozialen Fragen miteinander besprechen.

August 1855

Das alles wird sich in Paris ereignen, weil ein historisches Datum — man darf sagen, ein kirchengeschichtliches Ereignis — gefeiert werden soll. Im August 1855 waren in Paris 99 junge Männer im Durchschnittsalter von 22 Jahren (!) aus acht verschiedenen Ländern als Delegierte von insgesamt 38 CVJM's zusammengekommen. Sie gründeten den „Weltbund der Christlichen Vereine Junger Männer“ und formulierten als grundlegendes, gemeinsames Bekenntnis ihrer Vereinigung die „Pariser Basis“. Ihr Wortlaut ist:

„Die Christlichen Vereine Junger Männer haben den Zweck, solche jungen Männer miteinander zu verbinden, welche Jesum Christum nach der Heiligen Schrift als ihren Gott und Heiland anerkennen, im Glauben und Leben Seine Jünger sein und gemeinsam danach trachten wollen, das Reich ihres Meisters unter den jungen Männern auszubreiten.“

Wer diese Pariser Basis recht überdenkt, wird erkennen, daß hier längst vor Beginn der ökumenischen Bewegung ein ökumenisches Ereignis ersten Ranges sich vollzog. Auf der Gründungskonferenz damals wurde nicht nur das gemeinsame Bekenntnis gefunden, sondern auch zugleich folgendes beschlossen:

„daß keine an sich noch so wichtige Meinungsverschiedenheit die Eintracht brüderlicher Beziehungen der verbundenen Vereine stören solle; daß eine Mitgliedskarte ausgegeben wird, durch welche die Glieder der verbundenen Vereine auf die Vorrechte aller anderen zum Weltverband gehörenden Vereine sowie auf das persönliche Entgegenkommen aller Mitglieder derselben Anspruch haben; daß das von dieser Konferenz verwendete Korrespondenz-System für die zu diesem Weltverband gehörenden Vereine verbindlich sein soll.“

Aus diesen Beschlüssen geht eindeutig hervor, daß in Paris nicht nur in jugendlicher Begeisterung ein klares Bekenntnis niedergelegt wurde, sondern daß vielmehr alle Regeln beachtet wurden, um eine bleibende, weltweite Verbindung zu gewährleisten.

Was ist aber aus diesem kleinen, zahlenmäßig wahrlich unbedeutenden Anfang geworden! In Paris werden 1955 die erwarteten 10 000 Teilnehmer eine Weltbewegung repräsentieren, die in 76 Ländern in rund 10 000 CVJM's vier Millionen Mitglieder umfaßt.

Die Zielsetzung der Hundertjahrfeier

Dem CVJM-Weltbund geht es keineswegs darum, ein Jubiläum festlich zu begehen. Er will sich vielmehr besinnen auf den geistlichen Ursprung seiner Existenz und auf die Verpflichtung, die aus seinem geistlichen Erbe resultiert. Denn durch Männer, die der englischen Erweckungsbewegung angehören — allen voran George Williams —, ist eine weltweite Gemeinschaft entstanden, die über die Grenzen von Religion, Glaube, Rasse, Nationalität und Klasse hinausgeht. Eine Bewegung, deren Gründer es fast ausschließlich darum zu tun war, junge Männer zu einer Bekehrung — im pietistischen Sinn dieses Wortes — zu verhelfen, hat sich in 100 Jahren nicht nur zu einer interkonfessionellen, sondern auch interreligiösen Gemeinschaft entwickelt, die eine weltweite soziale Tatgemeinschaft ersten Ranges ist. So gilt es natürlich zu prüfen, wie sich die heutige soziale Tatgemeinschaft, die der CVJM-Weltbund darstellt, innerlich geistlich gesehen, zu seinem pietistischen Ursprung verhält.

Zur Zielsetzung der Hundertjahrfeier gehört, daß Tausenden von Mitgliedern — Jungen und Erwachsenen, ehrenamtlichen Mitarbeitern und hauptamtlichen Sekretären — die einzigartige Gelegenheit geboten wird, persönlichen Kontakt miteinander zu gewinnen und Gedanken und Erfahrungen auf weltweiter Ebene auszutauschen.

Vor allem aber soll das zukünftige Programm und — wie es in der offiziellen Formulierung heißt — die „Strategie“ der CVJM's in allen Ländern und insbesondere in den Notgebieten der Welt geplant werden.

Nicht zuletzt aber soll in einer Epoche der Weltgeschichte, die voll von schöpferischen Möglichkeiten ist, gewagt werden, mit erneuter Dringlichkeit die Frage nach „Krieg und Frieden“ zu stellen.

Soziales Wirken als Christentum der Tat

Gewiß war es ein weiter Weg, den der CVJM-Weltbund aus den Gebetsversammlungen und Bibelstunden der CVJM-Gründerzeit bis zum heutigen Tag zurückzulegen hatte, um sein derzeitiges Gesicht zu finden.

Man wird der heutigen weltweiten CVJM-(YMCA)-Arbeit — CVJM ist die deutsche Übersetzung von YMCA — einfach nicht gerecht, wenn man sie nicht primär als ein großes soziales Wirken sieht. Das gilt für die YMCA-Arbeit auf

sämtlichen Kontinenten mit Ausnahme der in einigen europäischen Ländern. Besonders deutlich wird einem dies bei einem Gang durch die YMCA-Arbeit in England und in den USA.

Wenn man z. B. mit englischen boys-secretaries des YMCA über ihren Dienst an den 14- bis 18jährigen spricht, so weisen sie darauf hin, daß ihnen in erster Linie das „keep off street“ (die Jugend von der Straße wegzuhalten) wichtig ist. Statt Jungen zwischen 10 und 17 Jahren unbeaufsichtigt schlechtem Umgang der Straße zu überlassen, sammelt man sie in den boys-groups der großzügig angelegten YMCA-Häuser. Die Jungen finden dort, was ihr Herz begehrt: Die Turnhalle, das Schwimmbad mitsamt einer von YMCA-Sportsekretären sehr selbständig entwickelten überragenden Methode des Schwimmunterrichts, Tischtennis, Clubräume, Film- und Geselligkeitsabende usf. Zuweilen hat man den Eindruck, daß vor lauter sozialem Dienstwillen junger Sekretäre den Jungen gegenüber die jugendliche Initiative zu wenig geweckt und entfaltet wird. Diese soziale Jungenbetreuung kann sich auch in speziellen, nicht zuletzt auch politisch gezielten Bahnen bewegen. Als Beispiel denke ich an einen Arbeitszweig der englischen YMCA; an jene Aktion, die unter dem Motto „British boys for british farms“ innen- und agrarpolitische Beachtung gefunden hat. Es ging dabei darum, aus sozial schlecht gestellten, fast verwahrlosten Großstadtfamilien Jungen im Alter von 14 Jahren zwecks Ergreifung eines landwirtschaftlichen Berufes britischen Bauernhöfen zuzuführen. Der YMCA sammelt solche Jungen in für sie eingerichteten, schön ausgestatteten, zahlenmäßig nicht zu groß gehaltenen Lagern — die Zahl der Jungen in einem Lager darf 50 nicht übersteigen — und übt sie dort gemeinsam in das ländliche Leben und bäuerliche Wirken ein. Nach mehreren Monaten werden sie aus dem Lager auf umliegende Bauernhöfe verteilt. Sie behalten aber ihre Heimat in den betreffenden YMCA-Lagern, bis sie nach Ablegung der landwirtschaftlichen Gehilfenprüfung „flügge“ geworden sind.

Betrachtet man die englische YMCA-Arbeit am jungen Mann zwischen 18 und 25 Jahren, so kann man sie auch nur als umfassenden sozialen Dienst an jungen Männern begreifen. Dem jungen Mann wird zunächst — besonders dem, der von kleineren Orten stammend in einer Großstadt beruflich tätig ist — äußere Hilfe geboten. Im YMCA-Haus findet er das preiswerte und wirklich annehmbare Einzelzimmer. Es gibt in England und USA in jeder größeren Stadt YMCA-Häuser mit Hunderten von Einzelzimmern für junge Männer. Im YMCA-Haus findet er zudem eine sehr billige und doch außerordentlich leistungsfähige Gaststätte, in der er im Abonnement essen kann. Doch darüber hinaus findet er in dem großzügig angelegten YMCA-Haus, was Herz und Seele begehren: geselligen Anschluß bis hin zu Tanzabenden mit jungen Mädchen, die entweder als Gäste des YMCA oder als „associated members“ zugegen sind. Er kann in den Turnhallen — meistens hat ein größeres YMCA-Haus, besonders in USA, mehrere Turnhallen — alle Arten von Hallensport betreiben, vom Gewichtheben über Basketball bis zum Hallentennis. Er findet selbstverständlich das Schwimmbad im Hause und — wiederum besonders in USA — alles, was zur fortschrittlichen Hygiene gehört (Dampfbäder, Masseuré usf.). Ihm ist auch zur geistigen Anregung viel geboten mit Bibliotheken, Lesesälen, ferner Clubzimmern mit Schachtafeln; er kann sich der Foto-, Briefmarken- und Theaterspielgruppe des YMCA's anschließen. Kurzum, dem jungen Mann wird eine umfassende soziale Betreuung im YMCA-Haus zuteil.

Eine Analyse der Einzelvereine des YMCA ergibt, daß die Mitglieder sich vornehmlich aus den Gruppen der kleinen Angestellten, der Arbeiter und Studenten rekrutieren. Dies ist leicht damit zu erklären, daß in diesen Schichten oft die Not am größten ist und daß schon allein deswegen das Entgegenkommen der YMCA's auf materiellem und finanziellem Gebiet gern in Anspruch genommen wird. Wenn sich dem YMCA-Mitglied zwar zuerst vor allem die rein materiellen Vorteile bieten, ist doch nicht zu übersehen, daß durch gewisse Sicherung des äußeren Lebensablaufs auf eine innere Besinnung hingearbeitet wird. Die Betreuung der jungen Menschen geschieht in jedem Falle im Sinne des Weltsymbols, des YMCA-Dreiecks: „Body, mind, spirit“ — Leib, Seele und Geist — ergeben das Ganze.

Zwei recht eindruckliche Beispiele seien hier der Vollständigkeit halber noch eingefügt: Von der unlösbaren Einheit des „body, mind and spirit“ her hat sich der YMCA in den USA zu einer speziellen Berufsarbeit entschlossen. Seit längerem bestehen dort Eisenbahner-YMCA's und Soldaten-YMCA's. Sie unterscheiden sich im Grunde nach außen kaum von den bereits erwähnten allgemeinen Vereinen, die bestimmte Altersgruppen sammeln. Nur ist hier der Vorstoß in Einzelgruppen gewagt worden — und hat zum Erfolg geführt. Heute gibt es bereits zahlreiche Eisenbahnerheime in den Großstädten in der Nähe der Bahnhöfe, in denen die jungen Lokomotivführer, Schaffner, Heizer usw. ein Zuhause finden, wenn sie von langer Fernfahrt und anstrengendem Dienst zurückkommen.

Und die Soldaten-YMCA's? Der Ansatzpunkt dieser Arbeit war der gleiche wie auch bei den Eisenbahnern: die Freizeit der Männer in den Drillichanzügen muß sinnvoll gefüllt werden. Es ist viel mehr daraus geworden, als man plante. Bereits im ersten Weltkrieg und nun auch im zweiten haben die YMCA's in den Kriegsgefangenenlagern nicht zu überschätzende Dienste leisten können: body, mind and spirit — diese drei Worte sind für Gefangene aus vielen Nationen von einem Symbol zur Wirklichkeit geworden.

Im Prinzip gleichen die YMCA-Häuser fast auf dem ganzen Erdenrund denen in England und USA. In den Hauptstädten Südamerikas, in Johannesburg und Kapstadt, in Bombay und Manila, in Tokio, Kairo und Jerusalem gehen Tausende von jungen Männern in den YMCA-Häusern aus und ein, junge Männer aller Religionen. Es spielt keine Rolle, welcher Konfession oder Religion der junge Mann angehört, der das YMCA-Haus betritt und Mitglied wird: In Jerusalem gehören 3000 jüdische junge Männer dem dortigen YMCA an. Die indischen YMCA's haben fast ausschließlich Hindus als Mitglieder. Auf den Philippinen und in Südamerika sind die meisten YMCA-Mitglieder Katholiken. Die soziale Zielsetzung der gesamten YMCA-Arbeit wird sichtbar an der besonderen Aktivität, die der YMCA-Weltbund in den Notgebieten der Welt entwickelt hat. So wird man z. B. in den arabischen Flüchtlingslagern in Transjordanien wie in Elendsgebieten Koreas den YMCA an der Arbeit finden. Was der YMCA an den DP's in den Jahren nach dem Krieg in Westdeutschland Gutes getan hat, ist wohl hinreichend bekannt.

Es ist nicht zu verkennen, daß wohl erstmalig nach dem letzten Weltkrieg die im Reichsverband Ev. Jungmännerbünde zusammengefaßte deutsche CVJM-Arbeit von dem sozialen Schwung des Weltbundes besonders stark angestoßen worden ist. So baute man in vielen westdeutschen Großstädten nach dem Prinzip der englischen und amerikanischen YMCA — zum Teil mit großzügigen YMCA-Geldspenden aus Amerika — „Häuser des jungen Mannes“. Vom Weltbund

angeregt wurde die Gründung des CVJM/YMCA-Heimatlosenlagerdienstes. Es handelt sich dabei um jene Organisationen, die in den Flüchtlingslagern Westdeutschlands zumeist durch hauptamtliche Sekretäre und Sekretärinnen nach Erstellung der „Häuser für Alle“ eine Stätte für Zusammenkünfte und Geselligkeit bietet. Auch das nach dem Krieg entstandene Christliche Jugenddorfwerk in Westdeutschland ist vom YMCA-Weltbundgeist inspirierte Sozialarbeit.

Gefahr der Säkularisierung?

Längst ist der YMCA durch seinen sozialen Betreuungswillen und die Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft und sogar zum Teil in der Zusammensetzung der hauptamtlichen Mitglieder interkonfessionell und interreligiös geworden. Es ist also längst nicht mehr so, wie es die „Pariser Basis“ vorsieht, daß die „Christlichen Vereine Junger Männer den Zweck haben, solche jungen Männer miteinander zu verbinden, welche Jesum Christum nach der Heiligen Schrift als ihren Gott und Heiland anerkennen, im Glauben und Leben Seine Jünger sein und gemeinsam danach trachten wollen, das Reich ihres Meisters unter den jungen Männern auszubreiten“. Nur in Westdeutschland, in der Schweiz, in Holland und vielleicht in Norwegen und Finnland sieht die CVJM-Arbeit ihren Schwerpunkt in dem geistlichen Auftrag, Jugend und junge Männer zu Bibelabenden, Gebetsversammlungen und auf Bibelfreizeiten zu versammeln. Es fragt sich also, ob nicht die YMCA-Arbeit mit Ausnahme in den eben genannten Ländern einer inneren Säkularisierung anheimgefallen ist. Es verwundert nicht, daß auf der Weltbundebene die Diskussion, ob die Pariser Basis aufgegeben werden soll oder nicht, in vollem Gange ist.

Die Gefahr der Säkularisierung, d. h. daß die weltweite YMCA-Arbeit zu einer nicht mehr christlich gebundenen Sozialarbeit wird, ist sicherlich nur solange gebannt, so lange in jedem YMCA, einerlei in welchem Land und auf welchem Kontinent er sich befinden mag, eine Kernschar innerlich überzeugter Christen leitend und verantwortlich in der Mitarbeit stehen, als Menschen, die von sich sagen können: „Die Liebe Christi dringet uns also“. Die verantwortliche Leitung des Weltbundes legt großen Wert darauf, daß solche Menschen der tragende Kern der weltweiten YMCA-Sozialarbeit bleiben.

Kein Mensch kommt zur Einsicht in Wahrheit und Wirklichkeit, die seine eigenen Daseinsbedingungen aufhebt.

Johann Wolfgang von Goethe

Gustav Mettlach

Die Berufsschule heute

Die Berufsschule erfaßt die aus der Volksschule und aus den Mittel- (Real-) und Oberschulen hervorgehenden Jugendlichen unter 18 Jahren während ihrer Ausbildung zur werktätigen Arbeit. Sie ist damit als eine „berufsbegleitende“ Schule gekennzeichnet. Im Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit steht der Beruf. Inneres Gepräge und äußere Gliederung der Berufsschulen werden bestimmt durch die Berufszugehörigkeit der Schüler. Man unterscheidet danach kaufmännische, gewerbliche, hauswirtschaftliche und landwirtschaftliche Berufsschulen. Die sogenannten ungelernten Jugendlichen teilt man entweder den gewerblichen Schulen als Sonderklassen zu, oder aber man vereinigt sie in besonderen Schulen für Ungelernte (Arbeiterberufsschulen). Bei den gewerblichen Berufsschulen der großen Industriestädte hat sich allgemein eine Zweiteilung nach Industrie und Handwerk herausgebildet. Eine besondere Art der Berufsschule stellen die Werkschulen dar. Sie werden von einzelnen Betrieben errichtet und entsprechen in ihren Einrichtungen und Anforderungen den öffentlichen Berufsschulen. Fachschulen führen über den Aufgabenkreis der Berufsschule hinaus und gehören nicht zur Berufsschule im engeren Sinne.

Die Berufsschule — entstanden aus Sonntags- und Fortbildungsschule — hat seit ihrem Bestehen darum gerungen, nicht nur Fachschule, sondern auch Erziehungsschule zu sein. Sie sah das Ziel der Berufsbildung zunächst in der Vorbereitung für ein bestimmtes Arbeitsgebiet, für einen bestimmten Beruf, dann aber vor allem in der Eingliederung des Menschen in die Staats-, Volks- und Kulturgemeinschaft. Sie ist eine weiterführende, aufbauende Schule. Der Berufsschülerziehung ging im allgemeinen die Volksschülerziehung voraus. Die Berufsschule stellt sich das Ziel — um es formelhaft zu sagen —, die namenlosen Glieder unseres Volkes zu Menschen zu bilden, und zwar durch den Erwerb und die Festigung eines festumrissenen Leistungs- und Bildungswissens (d. h. durch die Erziehung zur Lebenstüchtigkeit und Gemeinschaft). Während man in den letzten Jahrzehnten annahm, mit dem Ziele der Erziehung zum Qualitätsarbeiter auskommen zu können (Erzieht ganze Arbeiter, dann bekommt ihr auch ganze Menschen!), weiß man heute, daß diese Zielsetzung noch einer wesentlichen Ergänzung bedarf, nämlich der Erziehung zum wahren Menschentum. Mensch und Arbeit gilt es zu vereinen. Man prägte in unseren Tagen den Satz von der „Humanisierung der beruflichen Ausbildung“.

Jede Schulart hat ihre geschichtlich bedingte Eigenart, ihren Eigenwert und ihren Eigenauftrag. So hat die Berufsschule heute die Aufgabe, Beruf und Menschenbildung zusammenzuführen und damit „ein Problem zu lösen, an dem wir seit zweihundert Jahren mit Tiefsinn und Ernst haben arbeiten sehen, ein Problem aber, das weit mehr als ein pädagogisches ist, das mit den religiösen, politischen und sozialen Problemen unserer Zeit eng zusammenhängt“

(Fritz Blättner).

Die Verschiedenheit der Berufe erfordert eine vielgestaltige Aufgliederung der Berufsschule. Eine Kennzeichnung der einzelnen Berufsschulart kann hier

nicht vorgenommen werden. Ich beschränke mich auf die Angabe der Unterrichtsfächer, die in den Lehrplänen aller Berufsschulen erscheinen.

Das oberste Ziel aller Lehrplangestaltung ist die Verwirklichung der Erziehung zum berufstüchtigen, freien und selbständigen Menschen. Das Bildungsgut wird nicht um seiner selbst willen ausgewählt, sondern der Mensch und seine allgemein menschlichen Beziehungen sind der Gegenstand der Planung. Es kommt z. B. in der Bürgerkunde nicht darauf an, Rechtskenntnisse, Gesetze und Bestimmungen einzuprägen, sondern es ist durch die ausgewählten Stoffe über das Rechtsempfinden und die Einrichtungen des Rechtsschutzes und der Rechtsprechung zur Gerechtigkeit zu erziehen.

Innerhalb der Berufsschulerziehung steht zunächst im Mittelpunkt der Bildungsarbeit die Umwelt des Jugendlichen als Arbeitsgemeinschaft. Im Lehrgang der Berufsschule müssen aus diesem Grunde die Fachkunde, das Fachrechnen und das Fachzeichnen gelehrt werden. In verschiedenen Berufen kann auch auf einen praktischen Unterricht nicht verzichtet werden. Aus demselben Grunde gehört weiterhin die Einführung in betriebs- und volkswirtschaftliche Fragenkreise, soweit sie den einzelnen Beruf angehen, in den Lehrplan. Für kaufmännische Berufe müssen außerdem rein technische Fächer, wie Maschinenschreiben, Kurzschrift oder Fremdsprachen, im Lehrplan erscheinen.

Der Jugendliche ist aber nicht nur zum Erleben der Umwelt als Arbeitsgemeinschaft zu bringen, sondern darüber hinaus ist er einzuführen in die Weite und Tiefe des gegenwärtigen Lebens überhaupt, damit er seine Aufgabe und seinen Dienst in der Gemeinschaft erkennt. Aus diesem Grunde darf auch die Bürgerkunde als Lehrfach nicht fehlen. Dieses Unterrichtsfach umfaßt ein ganzes Bündel von Wissenschaften und ist als Herzstück der Bildungsarbeit anzusehen. Es wird stets die Aufgabe des einzelnen Berufsschulerziehers bleiben, in rechter Auswahl das gerade für seine Schüler Wertvolle zum Erlebnis zu bringen. Geschichte, Erdkunde und Deutsch bilden die unterrichtlichen Voraussetzungen für dieses Unterrichtsfach. An dieser Stelle berühren sich die pädagogischen Ziele der Berufsschule sehr eng mit den Aufgaben der allgemeinbildenden Schularten; hier jedoch stehen diese Lehrfächer nicht isoliert als Unterrichtsfächer nebeneinander, sondern bilden eine Einheit. Der Deutschunterricht z. B. bietet in der Berufsschule die Anleitung zum Beherrschen der Muttersprache im Anschluß an das Berufs- und Arbeitsleben. Durch freie Rede und Niederschriften wird versucht, Aufgaben aus der Berufsarbeit in sprachlich einwandfreier Form zu lösen. Auch die Einführung in das schöngeistige Schrifttum knüpft nach Möglichkeit an Darstellungen aus dem Berufs- und Arbeitsleben an. Für die Mehrzahl der Jugendlichen stellt die Berufsschule die letzte Bildungsgelegenheit dar. Aus diesem Grunde muß dem Deutschunterricht im Berufsschullehrplan mehr Raum gewidmet werden. Wer in der Erwachsenenbildung tätig ist, wird immer wieder beobachten, daß der Werktätige schweigt, weil er seine Muttersprache nicht beherrscht. Er hat Minderwertigkeitsgefühle, die durch sein sprachliches Unvermögen bedingt sind.

Die Fülle der Lebensfragen, die den Berufsschüler bedrängt, kann nicht beantwortet werden, ohne auf die letzte wahre menschliche Bestimmung einzugehen. Die großen, alles beherrschenden Probleme der Menschheit — die Tatsache des bösen Gewissens, die Frage, wie wir mit der Schuld fertig werden, die Tatsache des gebundenen Willens und die Tatsache des Todes — lassen sich nur beant-

worten innerhalb einer religiösen Unterweisung, die in unseren Tagen als ordentliches Lehrfach der Berufsschule erneut gefordert wurde.

Auch dem Sport und der musischen Erziehung soll im Rahmen jugendpflegerischer Maßnahmen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Durch freiwillige Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Lehrgänge soll das Bildungsgut der Berufsschule ergänzt und vertieft werden, außerdem haben diese Veranstaltungen insbesondere der Begabtenförderung zu dienen.

In Nordrhein-Westfalen können Jugendliche neben der Berufsschule in Abendkursen (nach mindestens einem Berufsjahr) oder in einem Ganztagslehrgang von einjähriger Dauer (der Berufstätigkeit vorgeschaltet) die Fachschulreife erwerben und über die Fachschule auch die Hochschulreife. Außerdem wurde im Herbst 1953 ein Staatliches Institut zur Erlangung der Hochschulreife in Oberhausen gegründet, das jungen Leuten nach einem zweijährigen Schulbesuch das Abitur vermittelt, nachdem sie ihre Berufsausbildung beendet und in Abendkursen der Berufsschule die Fachschulreife erworben haben.

Führen wir nun noch thesenartig die wichtigsten Fragenkreise der heutigen Berufsschulerziehung an:

1. Eine Entpersönlichung und Entseelung der Arbeit schreitet mit dem technischen Fortschritt stetig voran. Die Berufsarbeit sank herab zum reinen Brot- (Geld-) Erwerb. Eine Trennung von Arbeit und Leben trat ein. Der Schwerpunkt des Lebens ruht weithin nicht mehr in der Arbeit.
2. Eine Wiederbelebung des mittelalterlichen Berufsethos wird abgelehnt. Jede wahre Arbeitserziehung ist jedoch von einem Arbeitsethos abhängig. Die Erziehung hat an der Herausstellung eines neuen Arbeitsethos mitzuwirken. Das neue Arbeitsethos zielt auf den Grundsatz hin: Mit der besten Leistung zu dienen. Persönlichkeits- und Gemeinschaftsbildung finden darin ihre Synthese.
3. Die Arbeitserziehung ist nicht bloße Leistungserziehung.
4. Die Arbeitserziehung ist nicht bloße Gesinnungsbildung.
5. Berufs- und Menschenbildung müssen innerhalb der Berufsschule eine Einheit bilden.
6. Die Berufserziehung hat zu erfolgen durch die gestaltende Kraft des Berufsgedankens. Vom Beruf über die Gemeinschaft ist zur Weltanschauung zu erziehen.
7. Die Humanisierung der Arbeitswelt muß das Ziel der Berufserziehung sein.
8. Die Berufsschulpädagogik ist Heimat-, Volkstums-, Persönlichkeits-, Gemeinschafts-, Kunst- und Kulturpädagogik.
9. Die Religionspädagogik — besonderer Prägung — ist in die Berufserziehung aufzunehmen.
10. Die Aufgabenbreite der Berufserziehung erfordert eine Ausdehnung des Berufsschulunterrichtes, eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl.
11. Eine Sondererziehung der „Ungelernten“ ist dringend notwendig. Sie darf nicht Kopie der Erziehungsarbeit bei „Gelernten“ sein.
12. Die Berufsschule stellt an die allgemeinbildenden Schulen — vor allen Dingen an die Volksschule — drei wichtige Forderungen:
 - a) Vermittelt den Zöglingen ein solides Leistungswissen, damit wir den Charakter der Fortbildungsschule ganz abtun und zu unseren Eigenaufgaben kommen können, d. h. pflegt die Kulturtechniken (Rechnen, Lesen, Schreiben);

- b) verschafft den Schülern ein Orientierungsvermögen im Raum (Erdkunde) und in der Zeit (Geschichte) und
- c) pflegt die menschlichen Bezüge, sie sind es, die am stärksten nachwirken, d. h. seid Erzieher, nicht nur Lehrstoffvermittler, sondern wahre Menschenführer.

Die Berufsschule gehört zu den jüngsten Schularten im gegenwärtigen schulischen Leben. Aber nicht das Alter einer Schulart entscheidet über ihre Bedeutung, entscheidend ist ihr innerer Wert, den sie als Erziehungsbeitrag für den Nachwuchs eines Volkes liefert. Die Wichtigkeit der Berufsschule wird erst in unseren Tagen von der breiten Öffentlichkeit anerkannt und herausgestellt. Aloys Fischer schrieb den Satz: „In der Berufsbildung gestalten wir den Menschen, der die Entscheidungen der Zukunft fällen wird.“ Aber über aller Arbeit der Berufsschule steht auch die Wahrheit der Sätze, die Prof. D. Dr. Troeltsch innerhalb einer Aussprache vor rd. 35 Jahren prägte: „Die eigentliche Arbeitsfreude, das Ehrgefühl und Dienstgefühl kann man nur kriegen, wenn man den Fleck, an dem man steht, empfinden kann als in einer göttlichen Weltordnung begründet . . . Wenn wir das wieder könnten, dann würde das Eigentliche entschieden sein, was die verlorene Arbeitsehre wieder bringen könnte bei vielfach mechanisierter und äußerlicher Arbeit und dafür besseren Lebensverhältnissen . . .“

Wir nehmen die Veröffentlichung dieses Artikels zum Anlaß, auf die sich in der Berufsschulpraxis ergebenden Möglichkeiten kirchlicher Betätigung hinzuweisen. Unseres Erachtens bieten sich doch gerade hier Wege zur Beschreitung an, die nicht übersehen werden sollten. Unser Hinweis gilt Pfarrern, Sozialsekretären und Lehrern gleichermaßen. Die Berufsschule bietet die besten Möglichkeiten, mit der arbeitenden Jugend Kontakt aufzunehmen, mit ihr über ihre eigenen Probleme zu sprechen und sie in die großen Aufgabengebiete kirchlich-sozialer Arbeit einzuführen. Im Rahmen der Berichterstattung über Modelle solcher kirchlich-sozialer Arbeit würden wir gern Berichte aus dem Kreis unserer Leserschaft abdrucken. Wir bitten unsere Leser darum um Mitteilung, wie bereits hier und dort solche Arbeit angepackt wurde.

Die Schriftleitung

Meine Erfahrung in der Betriebsarbeit

Fünfter Leser-Wettbewerb

Die Resonanz auf unsere fünfte Wettbewerbsfrage war sehr gering. Wir hatten gehofft, daß sich recht viele aktive Kräfte der kirchlichen Arbeit in den Betrieben zu Worte melden würden. Die Evangelische Sozialakademie, die jeden Beitrag zur Weiterverarbeitung in ihren Lehrgängen und Forschungsarbeiten einsieht, hatte sich gerade von Anregungen aus dem Kreis unserer Leserschaft viel für weitere Pläne versprochen. Wir haben noch nicht ergründen können, warum unsere Bitte um Mitarbeit in dieser wichtigen Frage auf so wenig Gegenliebe stoßen konnte. Uns erscheint die Betriebsarbeit als einer der wichtigsten Faktoren in der christlichen Verkündigung überhaupt. Immer mehr zeigt sich die Verlagerung der Aktion von der Ortsgemeinde in die Betriebsgemeinde hinein.

Wir konnten in diesem Wettbewerb keinen 1. Preis vergeben. Wir wollen jedoch eine Einsendung in Auszügen wiedergeben, die uns ein Theologiestudent schickte, der sich

bereits mehrere Male an unserem Leser-Wettbewerb beteiligte. Er arbeitet regelmäßig in seinen Semesterferien in einem Industriebetrieb und schildert seine Eindrücke von dieser Arbeit.

Immer, wenn ich in den Semesterferien meine Arbeit in einem Betrieb begann, spürte ich etwas von einer großen Verlassenheit. Die Menschen, denen ich hier begegnete, schienen alle das Gefühl zu haben, ausgeliefert zu sein, ausgeliefert an eine Macht, die ihrer Kontrolle entzogen war. Ein inneres Verhältnis zu ihrer Arbeit war nicht vorhanden. Die nimmersatte Maschine bestimmte das Tempo ihres Tuns und der Mensch — resignierte.

Dieses Fühlen und Denken dürfte der von mir oft bei meinen Arbeitskollegen im Betrieb beobachteten mangelnden Bereitschaft zur Verantwortung zugrunde liegen. Ein Wissen um die Mitverantwortung an dem Gelingen des Werkes fehlte fast ganz. Nicht nur bei den jungen Arbeitern, sondern auch bei den älteren herrschte eine mir nahezu sklavisch erscheinende Scheu vor den Vorgesetzten. Kaum eine Spur zeigte sich von dem Wissen, ein freier Mensch zu sein.

Kann es verwundern, daß in dieser das wahrhaft Menschliche zurückdrängenden Lage das Unedle bestimmend in den Vordergrund tritt? Ein weithin ungehemmter Egoismus überwuchert das menschliche Fühlen und Handeln. — Daß jemand dem anderen half nur um des Nächsten willen, habe ich kaum erlebt. Standen mehrere an einem Werk in Akkordarbeit, spürte man wenig von Rücksicht auf den Schwächeren, der winkende Lohn war entscheidender.

Es hieße das Bild unvollendet lassen, wenn nicht auch von dem andern gesprochen würde. Man wußte, daß ich Neuling in dieser Arbeit war und dazu Theologiestudent. Manche waren bereit, Fehler zu entschuldigen, wohl alle hatten Fragen an mich. Sicher, im täglichen Leben spielte für die meisten die Kirche mit ihrer Botschaft kaum noch eine Rolle. Aber aus den Worten vieler hörte ich doch dies: man war noch nicht fertig damit! Es gab noch ein Suchen! Mir aber wurde dies wichtig: die Sehnsucht nach etwas Besserem war da! Liegt es da so fern, an das Wort zu denken: „Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende!“

Ohne es zu wissen, warten viele Menschen in den Betrieben auf die Botschaft von Jesus Christus, der auch heute Gestalt gewinnen will in seiner Gemeinde. Die ganze, vertrauensvolle Hingabe und der feste Glaube an ihn gibt jeder Arbeit einen neuen, tiefen Sinn und zerstört dadurch jene große Verlassenheit, von der ich eingangs sprach.

In unserem 5. Leser-Wettbewerb konnten wir nur 2 Buchprämien vergeben.
Die Empfänger sind:

Hans Lüking, Münster (Westf.), Weseler Straße 217

Franz Poschalko, Wien (Österreich), Schröttergasse 35/21

Arbeitsbericht der Evangelischen Sozialakademie

(Oktober 1954 bis März 1955)

(III.)

Zeitschrift „Die Mitarbeit“

Die Entwicklung der Zeitschrift, die bis zum März 1954 im Selbstverlag der Evangelischen Sozialakademie erschien, wird auch weiter mit regem Interesse verfolgt. Begrüßt wurde die auf vielseitigen Wunsch durchgeführte Änderung des Umschlags wie auch die zwischen dem Herausgeber und dem Verlag vereinbarte Änderung des Untertitels von „Monatshefte der Aktion evangelischer Arbeitnehmer“ in „Evangelische Monatshefte zur Gesellschaftspolitik“. Im Zuge dieser Umgestaltung, die der Zeitschrift in der Behandlung von Grundsatzen, aber auch in der aktuellen Berichterstattung weitere Bewegungsmöglichkeiten verspricht, wurden auch einige Herren der Evangelischen Sozialakademie zur Mitarbeit im Redaktionskollegium hinzugezogen. Dieses Kollegium steht dem Schriftleiter der Zeitschrift beratend zur Seite, beteiligt sich aber auch sehr rege an der Gewinnung von wichtigen Autoren.

Die Evangelische Sozialakademie unterstützt nach besten Kräften das Bemühen des Verlages, die Zeitschrift weitesten Kreisen bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke werden allen Kursusteilnehmern in Friedewald Probeexemplare übergeben. Je nach Möglichkeit und Maßgabe der Struktur eines Lehrgangs werden Rundgespräche zwischen den Kursusteilnehmern, Vertretern des Redaktionskollegiums und dem Schriftleiter abgehalten. Die in solchen Gesprächen gewonnenen Einsichten haben sich in vielen Fällen befruchtend auf die Gestaltung der Zeitschrift ausgewirkt.

Presseberichterstattung

Die Presseberichterstattung, die von Herrn Vierkorn, dem bisherigen Schriftleiter der „Mitarbeit“, mit wahrgenommen wurde und die nun Herr Windschild mit dem Auftrag zur Intensivierung übernimmt*), beruhte im wesentlichen auf der Wiedergabe vom Verlauf wichtiger und interessanter Tagungen, die neben der regulären Lehrgangsarbeit stattfanden. Die Pressemeldungen gingen in der Regel an den Evangelischen Pressedienst (epd) und an die Tageszeitungen. Gelegentlich erhielten auch der Hessische Rundfunk und der NWDR diese Meldungen.

*) Diese Intensivierung ist inzwischen insofern erfolgt, als das Pressereferat der Evangelischen Sozialakademie seit Anfang Juli einen Informationsdienst herausgibt, der regelmäßig jede Woche ca. 30 großen deutschen Tageszeitungen, 15 in- und ausländischen Presseagenturen, sämtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik und Westberlins, einigen kirchlichen Blättern, den Kirchenleitungen und an der Arbeit der Evangelischen Sozialakademie interessierten Einzelpersonen Berichte und Informationen über die Arbeit der Akademie gibt.

Es erscheint in diesem Zusammenhang angebracht, kurz auf die Pressekampagne zu den Vorgängen einzugehen, in deren Verlauf die Teilnehmer eines Friedewalder Lehrgangs anlässlich der zweiten Lesung der Pariser Verträge von einer Polizeikontrolle im Raume Bonn aus Sicherheitsgründen für wenige Stunden sistiert worden sind. Der ganze Sachverhalt stellt sich heute — nachdem man Abstand von den Dingen gewonnen hat — als ein ausgesprochenes Kuriosum dar, das allerdings einer gewissen werbenden Wirkung für die Evangelische Sozialakademie nicht entbehrt hat.

Wie sicher bekannt ist, wurde der Omnibus, mit dem der gesamte Kursus wie bei jedem Soziallehrgang für Arbeitnehmer zum Besuch des Bundeshauses nach Bonn fuhr, bei Siegburg im Zuge einer umfangreichen Polizeiaktion gegen das Eindringen kommunistischer Demonstrantengruppen von einer mot. Streife abgefangen und nach Köln weitergeleitet. Dort ließ sich das Mißverständnis mit Hilfe der Dienststelle von Prälat D. Kunst schnell aufklären; mit einem amtlichen Passierschein versehen gelangte der Lehrgang dann unangefochten ins Bundeshaus, um endlich der Debatte beiwohnen zu können.

Die vom epd. verbreitete Meldung sprach von einer „Verhaftung“ im bzw. vorm Bundeshaus, von einer Verladung auf ein Polizeiauto und schließlich von der Einlieferung in ein Kölner Gefängnis. Diese Meldung wurde wegen ihres sensationellen Gehalts fast in der gesamten deutschen Presse aufgegriffen, einschließlich der in der Sowjetzone.

Der epd. entschuldigte sich auf unser Votum in einem Schreiben an die Sozialakademie für die entstellende Fassung der Meldung mit der Begründung, es habe sich um einen telefonischen Übermittlungsfehler gehandelt und hat unmittelbar nach Bekanntwerden des wahren Sachverhalts eine stichhaltige Berichtigung der Meldung veröffentlicht. Darüber hinaus hat die Evangelische Sozialakademie eine sachliche Schilderung der Vorgänge publiziert; dafür hat sich der verantwortliche Regierungspräsident von Nordrhein-Westfalen in einem Schreiben, in dem er den Vorfall bedauerte, bedankt.

„Friedewalder Beiträge zur sozialen Frage“

Für D. Dr. Schweitzer erschien Weihnachten 1954 anlässlich seines 65. Geburtstages unter dem Titel „Wir sind gefordert. Fragen christlicher Verantwortung“ ein neuer umfangreicher Band der Reihe, an dem namhafte Theologen und Sozialwissenschaftler mit Beiträgen beteiligt sind.

In Herstellung begriffen sind zwei weitere Bände: 1. die Dorfsoziologie von Dipl.-Volkswirt Fritz Rudolph und 2. die Würdigung des Werkes von Victor Aimé Huber von Dr. Ingwer Paulsen.

Bericht über die kulturellen Veranstaltungen

Die regelmäßig von der Evangelischen Sozialakademie durchgeführten musischen Veranstaltungen erfreuen sich nicht nur des Zuspruchs der Lehrgangsteilnehmer und der Mitarbeiter, sondern auch des Interesses der Nachbargemeinden. Auch im letzten halben Jahr wurden im Rittersaal des Schlosses monatlich ein bis zwei Konzerte mit namhaften in- und ausländischen Solisten durchgeführt, bei denen eine durchschnittliche Besucherzahl von hundert und ein Rekordbesuch von dreihundert Gästen zu verzeichnen war. Der Akademie entstanden hierbei keine wesentlichen Kosten, da diese vom Amerikahaus in Marburg getragen wurden. Die Konzerte werden jeweils in der Lokalpresse angekündigt, außerdem wird regelmäßig ein Interessentenkreis von ca. zweihundert Personen eingeladen.

Auch ein Schauspiel kam in diesem Winter zur Aufführung, und zwar Christopher Fry's „Ein Schlaf Gefangener“. Zum besseren Verständnis dieses problematischen und schwerverständlichen Stückes hätte es jedoch noch einer gründlichen Einführung der Zuhörer bedurft.

Außerdem fand wieder an verschiedenen Abenden eine Reihe von Vorträgen und Lesungen über moderne Dichtung und Kunst statt, von denen besonders die Vorträge über moderne Kunst und Wohnraumgestaltung reges Interesse auslösten.

Personelle Veränderungen

Ab März 1955 hat Sozialsekretär Henry Lillich, wie seit langem geplant, die Geschäftsführung der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen auf Bundesebene übernommen. Er ist zu diesem Zweck an den Wohnort des gegenwärtigen Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft übergesiedelt (Bad Boll), wird aber voraussichtlich auf die Länge der Zeit sein Büro an eine zentraler gelegene Stelle verlegen müssen (Raum Frankfurt oder Ruhrgebiet). Er bleibt mit der Evangelischen Sozialakademie in enger Arbeitsverbindung und wird monatlich regelmäßig nach Friedewald kommen. Außerdem gehört er zum Redaktionskollegium der „Mitarbeit“. Sein Tätigkeitsfeld in der Evangelischen Sozialakademie hat Sozialsekretär Erwin Ortmann übernommen, der bisher als Sozialsekretär des Arbeiterwerks der Männerarbeit der EKD den ostwestfälischen Raum betreute.

Im April 1955 wird Dipl.-Volkswirt Christian Klipstein Mitarbeiter der Evangelischen Akademie Tutzing, insbesondere deshalb, weil ihm seine künstlerischen Neigungen an dieser Akademie, die sich ja schwerpunktmäßig mit ästhetischen Problemen auseinandersetzt, ein besonderes Wirkungsfeld versprechen und weil er dort für seine drei Kinder geeignetere Ausbildungsmöglichkeiten hat. Auch er wird in lebendigem Arbeitskontakt mit der Evangelischen Sozialakademie bleiben, zumal er in den Vorstand der „Gesellschaft der Freunde Friedewalds e. V.“ gewählt worden ist. Er gehört ebenfalls zum Redaktionskollegium der „Mitarbeit“. Sein Nachfolger ist Dipl.-Volkswirt Fritz-Joachim Steinmeyer, der bis zur Aufnahme seiner Arbeit in Friedewald in der Industrie tätig war und aktiv in der Arbeit des CVJM stand.

In der Berichtszeit mußte die wichtige Position der Hausmutter neu besetzt werden, weil Fräulein Bartsch geheiratet hat. Die Wahl fiel nach langem Überlegen auf eine bisherige Mitarbeiterin im Büro, Frau Hanna Picard, eine junge Kriegerwitwe, die aus der Arbeit der weiblichen evangelischen Jugend kommt und in örtlich leitender Funktion mit ihr die ganze Zeit über verbunden war. Es ist also besonders erfreulich, daß auf diese Weise eine Mitarbeiterin aus der evangelischen Jugendarbeit in einer wichtigen Aufgabe an der Evangelischen Sozialakademie tätig geworden ist.

Gründung der „Gesellschaft der Freunde Friedewalds e. V.“

In den letzten Jahren wurde es immer mehr als notwendig empfunden, eine „Gesellschaft der Freunde Friedewalds“ ins Leben zu rufen mit der Zielsetzung, möglichst viele Menschen, die durch die Evangelische Sozialakademie gegangen sind oder sich ihr sonstwie verbunden fühlen, in einer Gesellschaft zu sammeln. Damit soll erreicht werden, daß die Arbeit der Evangelischen Sozialakademie eine größere geistige und materielle Unterstützung erfährt.

Nachdem die Gesellschaft bereits am 10. Oktober 1954 anlässlich der Fünfjahresfeier der Sozialakademie von Herrn v. Loessl und Sozialsekretär Schlosser proklamiert wurde, konnte am 22. Januar ds. Js. die Gründungsversammlung stattfinden. An diesem Tage wurde eine Satzung ausgearbeitet und angenommen. In das Präsidium wurden folgende Herren gewählt:

1. Herr Ottmar von Loessl, Köln
2. Herr Gerhard Schlosser, Mannheim
3. Herr Albert Wolf MdB., Bonn, Stuttgart
4. Herr Friedrich Lohmann, Köln
5. Herr Ernst Schleifenbaum, Siegen
6. Herr Christian Klipstein, Tutzing

Die Präsidiumsmitglieder wählten zu ihrem 1. Vorsitzenden Herrn Ottmar von Loessl und zum 2. Vorsitzenden Herrn Gerhard Schlosser. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder beträgt bisher 80. Dazu gehören nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Verbände und Firmen.

Als erste Veranstaltung der Gesellschaft fand vom 18. bis 20. März 1955 ein Treffen unter dem Titel: „Die Sozialpartner im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik“ statt. Als Referenten hatten sich Herr Ernst Schleifenbaum, Siegen, der ein Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer ist, und Herr Ernst Leuninger, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender des DGB Hessen, zur Verfügung gestellt. In Anbetracht der gerade heute recht spannungsgeladenen Beziehungen im wirtschaftlichen und sozialen Raum ergab sich eine sehr lebendige Aussprache, die sich schließlich auf folgende drei Fragen konzentrierte:

1. Welche Wege sind möglich zur Auflockerung der Fronten zwischen den Sozialpartnern?
2. Trägt unsere Marktwirtschaft soziale Gestaltungsmöglichkeiten in sich?
3. Wie sind rein politische Aktionen von Interessenverbänden zu beurteilen?

Besonders die letzte Frage war immer wieder Gegenstand der Aussprache, was verständlich ist, wenn man bedenkt, daß zu der damaligen Zeit die Aktion der Gewerkschaften im Hinblick auf die Pariser Verträge und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand.

Alle Teilnehmer gingen mit dem Bewußtsein auseinander, daß solche Begegnungen am runden Tisch immer wieder stattfinden müssen, weil in einem demokratischen Staat man es nicht einfach nur den hohen und höchsten Ebenen überlassen darf, die Meinung des Volkes zu bilden.

Eine Organisation an sich ist zum Dienst unfähig. Sie erhält ihr Leben erst aus dem geisterfüllten Handeln der zum Dienst Gerufenen, deren Wirken und Wollen sie stützen und tragen muß.

Paul Schlingensiefen in »Diakonische Existenz heute«

DAS WORT

Mitarbeiter Gottes

1. Kor. 3, 1-17

In unseren Betrieben, Fabriken und Dienststellen gibt es genug Spannungen, Streit und Kampf. Wir leiden darunter. Unsere Arbeit und unsere Bemühungen führen nur schwer zu einem Erfolg. Auch im Raum der Kirche gibt es Spannungen. Sie kommen aus Eifersucht — nicht nur in der Kirche, sondern überhaupt im Leben. Es gibt verschiedene Typen und Ausprägungen, die aber auch in der proletarischen Gemeinde zu Korinth vorhanden waren. Der Apostel Paulus hat dort den Grund der Gemeinde gelegt. Ein anderer Mitarbeiter namens Apollos hat zwischendurch weitergearbeitet. Der starke Petrus hat hineingewirkt. Alle hatten ihre Anhänger; ja noch besser — es gab genug Menschen, die einem dieser Drei aus einer tiefen Christusbewegung dankbar verbunden waren. Aber es ist nicht recht, aus dieser dankbaren Verbundenheit eine Partei zu machen und eine Spaltung werden zu lassen. Wie können solche Spannungen vermieden oder auch überwunden werden, so daß gar Christus nicht noch zu einer Partei neben anderen wird?

Der Apostel müht sich um Einmütigkeit und Frieden, um einen einheitlichen Kampftrupp für das Reich Gottes. Er, der Paulus, und die anderen, Apollos und Petrus, sind nur Arbeiter, Landarbeiter oder Bauarbeiter. Beidesmal geht es um das Ziel der Frucht für ein ewiges Reich, nämlich um Menschen oder um ein Haus für alle. Beim Ackerbestellen und beim Hausbauen braucht man verschiedene Dienste und Verrichtungen, aber immer auf dasselbe Ziel hin. Paulus hat den Grund gelegt. Der ist und bleibt für alle Jesus Christus selber. Andere haben nach dieser Grundlegung weitergearbeitet.

Die neue Welt wird dargestellt in dem Bild eines Leibes oder Organismus, eines Gebäudes oder gar eines Tempels. Eine neue Welt wird in durch Christus erneuerten Menschen. Sind aber solche schlicht und einfach Mitarbeiter Gottes, dann werden sie andere nicht terrorisieren und unterdrücken, sondern neben ihnen stehen und wissen, daß sie miteinander erst den rechten Dienst tun können. Das gilt für das staatliche Leben, in der Öffentlichkeit, im Betrieb und in der Familie gleichermaßen. Der Staatsfunktionär und der Bürger sind füreinander da, um der Ordnung willen. Der Unternehmer und der Arbeiter sind miteinander da für den täglichen Bedarf der Menschen. In der Familie kann

keiner für sich allein leben, weder Mann, noch Frau, noch Kinder. Sie sind nur lebensfähig miteinander. Überhaupt ist in der eigentlichen Welt Gottes die kleinste Zahl nicht eins, sondern drei: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“ Gott hat die Welt nicht auf „Ich“, sondern auf „Du“ konstruiert, auf Mitarbeiter und auf das Miteinander. Ob wir richtig leben, konstruieren und bauen, arbeiten und kämpfen, wird am Ergebnis deutlich. Es gibt ein letztes Ziel der Weltgeschichte, wo alles geläutert wird. Das Untaugliche wird vergehen und das Taugliche wird bleiben. Es ist gut, daß wir in allem, was wir tun und lassen, dieses letzte Ziel, diese letzte Kritik und dieses allerletzte Urteil vor uns haben. Wir werden dann viel weniger Unnützes und viel mehr Nützliches tun, Dinge, die von Bestand sind. Bestand hat aber, was in der Ewigkeit noch sein wird. Sind wir solche rechten Mitarbeiter? Wie halten wir das auf unseren Tagungen und Freizeiten, auf unseren Zusammenkünften in den Betrieben und Gemeinden?

Wir führen durch die Sachbereiche der Wirtschaft, des Menschlichen und der Gesellschaft. Wir müssen uns immer fragen, ob wir dort stehen bleiben wollen oder zu den Grundentscheidungen, die im christlichen Glauben liegen, durchstoßen, wenn es auch nur angedeutet ist. Man muß nicht mit der Tür ins Haus fallen, aber wir müssen den Weg der Wahrheit aufzeigen und mit dem Menschenbruder gehen, den Weg von ganz außen beginnen, aber ganz nach dem Zentrum müssen wir gehen. Es ist wie beim Wagenrad, wir treffen den Menschen dort, wo der Reifen ist, in der „Drecklinie“ der täglichen Entscheidungen, in denen wir leben, aber auch schuldig werden. Durch die Speichenfelder des Rades, will sagen durch die einzelnen Sachbereiche des Lebens gehen wir hindurch über die Fragen der Familie, welche wir in der Radnabe finden, wo alle öffentlichen und beruflichen Fragen zusammenlaufen. Dann gehen wir aber zur Achse, um die sich alles dreht. Die Mitte ist Jesus Christus. Er gibt Halt und Kraft, er ist die Sinnmitte. Er ist Maßstab und Führung, er ändert Menschen wirklich um in ihrem natürlichen Wesen und führt zum Beginn einer neuen Welt in einer neuen Gemeinschaft. Das kann der Einzelne nicht allein, diesen Weg kann er nur gemeinsam gehen und dieses Leben kann er nur gemeinsam führen.

Nun geht es darum, daß wir diesen Weg wieder mit Christus gewissermaßen zurückgehen durch die Sachbereiche hindurch dorthin, wo Menschen leben und leiden, kämpfen und schuldig werden. Nicht auf eigene Faust tun wir das. Wir sind getrieben und geführt von der Liebe, die Gott selbst in Christus für die aus den Fugen gehende Welt hat. Er will sie zurecht bringen, er heilt und erlöst sie. Darum gehen wir dorthin an die äußerste Peripherie, nicht aus eigener Kraft oder Beauftragung, sondern in Gottes Sendung. Wir sind Gottes Mitarbeiter für seine Welt.

Wir dürfen weder in der Mitte noch an der Außenseite stehen bleiben. Wir dürfen überhaupt nicht stehen bleiben, sondern müssen unterwegs sein, von den Menschen zu Christus und mit Christus wieder zu den Menschen. Glauben ist kein Zustand der Ruhe, sondern ein Vorgang, ein Kreislauf. Darin sind wir Mitarbeiter Gottes. Gottes Auftrag ist da und wir sind seine Mitarbeiter. Jeder an seinem Platz, mit seinen Gaben, die er von Gott hat. Alle Gaben zusammen sind erst das Ganze und die Fülle der Kraft, die Gott braucht für seinen Dienst unter den Menschen hier und jetzt.

Walter Adler

Was sagt uns die Dichtung?

Werner Bergengruen

DER HUND IN DER KIRCHE

Wie gedacht ich jenes Tags der Worte,
die das Weib aus Kanaan gesprochen:
„Fressen doch die Hündlein von den Brocken,
die von ihrer Herren Tische fallen!“

In der dörfllich bunten, halbgefüllten,
in der sommerlich geschmückten Kirche
betete der Priester am Altare:

„Dieses reine, unbefleckte Opfer,
milder Vater, wollest du gesegnen!“

Durch die Stille, die der Bitte folgte,
klang ein dünnes, trippelndes Bewegen
von der Tür, im Rücken der Gemeinde,
zaghaft erst, verlegen, dann geschwinder.
Viele Augen wandten sich zur Seite,
mancher Fromme runzelte die Stirne,
gern bereit, ein Ärgernis zu nehmen.

Auf den schwarz und weiß geschachten Fliesen
kam ein kleiner Hund auf kurzen Beinen
ohne Abkunft, bäuerlicher Artung,
flink den Mittelgang entlanggelaufen,
mißgefärbt und haarig wie ein Wollknäul,
aber drollig, jung und voller Neugier.

Tief am Boden lag die schwarze Nase,
witternd, schnuppernd suchte er die Richtung.
Er verhielt, er hob die rechte Pfote
eingewinkelt an, er hob die Ohren
und mit freudigem Kläffen schoß er schräge
ganz nach vorne zu den linken Bänken,
wo gedrängt die kleinen Mädchen knieten.

Ihrer eine, sonntäglich gekleidet,
siebenjährig, schlank und schmalgesichtig,
ward von jäher Röte überflutet,
und behend den dunkelblauen Scheitel
neigte tief sie über ihr Gebetbuch.

Doch nun stießen sie die Nachbarinnen
kichernd an, voll Eifer und nicht ohne
eine kleine heilige Schadenfreude.
Selig, daß die Herrin er gefunden,
mit dem Stummelschwänzchen munter wedelnd,
suchte durchs Gewirr der Kinderfüße
sich der Hund zu ihr hindurchzuzwängen.

Kein Verleugnen half mehr, und die Kleine,
zitternd fast und nicht mehr fern den Tränen,
schnellte auf und schob sich widerwillig
durch die Reihe, schon den Hund im Arme,
knickte in des Hochaltars Richtung
und begann geschwind zur Tür zu flüchten
auf den schwarz und weiß geschachten Fliesen.
Und ein Sonnenstrahl fiel durch das bunte
Fenster und beglänzte ihre Haare
und das rote, glühende Gesichtchen.

Doch noch war der Ausgang nicht gewonnen,
als das Glöckchen hell zur Wandlung schellte.
Alle knieten. Und das Kind hielt inne,
wandte sich und mit gesenktem Scheitel
ging es hurtig in die Knie nieder.
Sorglich mit der Linken hielt die Kleine
eng den Hund gepreßt an ihre Brüstchen
und bekreuzte gläubig mit der Rechten
sich und ihn.

Da lächelte am Pfeiler
fromm der Löwe Hieronymi.
Das Getier der heiligen Geschichten,
dieses schneller, jenes erst mit Zögern,
schwer verstehend, wie es manches Art ist,
tats ihm nach auf Bildern und Altären
überall. Es hoben an zu lächeln
Ochs und Esel und der Fisch des Jonas,
Lucae Stier und des Johannes Adler,
Hund und Hirsch des heiligen Hubertus,
Martins Pferd und des Georgius Streithengst,
Lamm und Taube, endlich die gekrümmte
Schlange unterm Fuß der Gottesmutter.
Aus der Orgel stieg verstohlen
silberhell ein winziges Gelächter,
tropfte, perlte, wenigen vernehmlich.
Doch dann schwoll sie auf und rief mit Jauchzen:
„Lobt Ihn, alle Kreatur!“

In dieser sommerlichen Zeit ist es wohl gut, unseren Lesern einen sommerlich heiteren Beitrag der Dichtung zu bringen, der nichts anderes will als Freude machen. — Bei den ersten vier Zeilen dieses Gedichtes hat man fast das Gefühl, als lehne sich der Dichter in seinem Stuhl behaglich zurück, um nun ein Geschichtchen zu erzählen — und dann kommt diese kleine Ballade. Denn das ist sie wohl, „ein vorwiegend erzählendes Gedicht mit meist dramatischem Inhalt“, nur daß es hier keineswegs dramatisch, sondern recht heiter zugeht. Aber auch diese balladeske Form gehört vielleicht zu der heiteren Ironie des Ganzen. Nun folgt die genaue und liebevolle Schilderung jener kleinen Begebenheit: „auf den schwarz und weiß geschachten Fliesen“ — wie sinnvoll und nett steht diese Zeile zweimal da, einmal für den Hinweg des Hundes, dann für den Rückweg des Mädchens mit dem Hund auf dem Arme; „gern bereit, ein Ärgernis zu nehmen“ — wie vorsorglich wird damit auch die Frömmigkeit (falls sie

zu „tierisch“-ernst werden sollte) in die heitere Ironie mit einbezogen; und wie prächtig steht das Wort „Stummelschwänzchen“ in dieser Ballade! So geht es denn weiter bis zum Schluß, dem sommerlichen Lobgesang aller Kreatur. — Wer will, mag sich einige Gedanken darüber machen, daß diese Art, die ganze Tierwelt in den Raum des Heiligen hineinzunehmen, Ausdruck einer typisch katholischen Heiterkeit sein mag, während ein typisch evangelischer Humor wohl anders aussieht. Aber im Reiche der Dichtung sollen wir das konfessionell Trennende nicht so wichtig nehmen wie das im Glauben Gemeinsame. Und darum wollen wir uns von Herzen an diesem sommerlichen Lobgesang mitfreuen.

Thilo Röttger

Werner Bergengruen wurde am 16. September 1892 in Riga geboren und lebte seit dem ersten Weltkrieg in Deutschland, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in der Schweiz. Er ist einer der bedeutendsten lebenden katholischen Dichter. Seine bekanntesten Romane sind „Der Großtyrann und das Gericht“, „Am Himmel wie auf Erden“, „Das Feuerzeichen“, „Der Rittmeister“ u. a. m. (alle bei der Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, München). Als Novellist ist er wahrscheinlich noch bedeutender, von seinen vielen Novellen seien hier nur genannt „Das Tempelchen“, „Der spanische Rosenstock“, „Die Heiraten von Parma“, „Die Sultansrose“, „Die drei Falken“ (Verlag Die Arche, Zürich). Besonders sei auf seine humoristischen Erzählungen hingewiesen „Der Tod von Reval“ und „Die Sterntaler“ (Arche, Zürich). Das obige Gedicht entstammt dem Gedichtband „Die heile Welt“ (Nymphenburger Verlagshdl.).

Bemerkens- werte



Die Aufgabenstellung unserer Zeitschrift, die in ihrem Untertitel umrissen ist, weist uns die Beschäftigung vor allem mit sozialen Problemen zu. Es ist uns deutlich geworden, daß auch in unseren Filmseiten diese Problematik angefaßt werden muß. Das geschah bisher nur hier und dort an konkreten Beispielen, die von Filmen verschiedenster Art geliefert wurden. Wir haben uns nun entschlossen, in Fortführung unserer Gesamtaufgabe von Einzelbesprechungen abzugehen, in Zukunft vielmehr Fragenkomplexe zu behandeln, die in bestimmten Filmgruppen

feststellbar sind. Chefredakteur Friedrich Schönfeld, Berlin, der als ein hervorragender Kenner in Film- und Theaterfragen bekannt war, hatte sich dankenswerterweise zur Mitarbeit an diesen Seiten zur Verfügung gestellt, kurz bevor er nach einer schweren Operation verstarb. Sein Beitrag gilt der Einführung in unser neues Vorhaben.

Die Schriftleitung

Kino — das ist für uns alle eine Angelegenheit des Feierabends, der Entspannung, der Unterhaltung. Ja, mancher Film hat es sehr nötig, mit der berlinischen These aufgenommen zu werden: „Der Jeist hat Urlaub“. Solche Auffassung hat ihr gutes Recht. Wir sind ja nicht so „weltfremd“, ihr auf der ganzen Linie zu widersprechen. Freilich — eine gelegentliche Einschränkung muß doch angemeldet werden. Die Leute, die dergleichen Filme herstellen, legen es ja darauf an, unser Urteilsvermögen einzuschläfern. Die Suggestion der Vorgänge auf der Leinwand ist so stark, daß wir uns unseres Lachens und Weinens im dunklen Kino nur zu oft im Nachhinein schämen. Widerstandslos auf jede Mache hereinzufallen, dazu sollten wir uns zu schade sein — wenn es sich nicht um einen der seltenen Fälle echter und künstlerischer Entrückung handelt. Und

über die brauchen wir nicht zu dozieren. Sie tun ihre gute Wirkung ohnehin.

Aber, wie gesagt, wir sollten uns nicht für dumm verkaufen lassen. Und dazu gehört es denn auch, daß wir gelegentlich darüber nachdenken, wovon in solch einem Film die Leute eigentlich leben. Manchmal tut es ja nichts zur Sache, ob denn zwischen dem Autofahren, dem Telephonieren vom Bett aus und den üppigen Mahlzeiten noch ein lästiger Zwang zum Geldverdienen oder eine schöne Notwendigkeit zu nutzbringender Arbeit den Helden der Leinwand ihre Tage verkürzt. Aber häufiger ist doch wohl der andere Fall, daß wir wenigstens im Vorübergehen etwas davon erfahren. Und da beklagen wir allerdings, daß die Filmwelt nun wirklich nicht oder nur ganz selten mit unserer realen Wirklichkeit übereinstimmt. Noch einmal: Verzauberte, künstlerisch verwandelte Welt, die nichts als das sein will — ja! Aber verlogene Welt, die auf Schritt und Tritt so tut, als ob — nein! Aus ihr kommen mehr Beschwerden in unser heutiges Dasein, als wir annehmen. In ihr liegt einer der Gründe für das „seelische Unwohlsein“ manches Zeitgenossen, für seine verkorkste Laufbahn, seine irregeleiteten Sehnsüchte, seine berufliche Fehlleistung. Da vergleichen die Menschen das herrliche Leben vorn auf der Leinwand mit dem eigenen Alltag. Was Wunder, daß der ihnen nicht mehr paßt. Gibt es im Film dienstbare Geister? Nicht viel. Und die wenigen sind komische Figuren, über die man lacht. Wenn sie

Köchinnen und Dienstmädchen sind, horchen sie nur an den Türen und jonglieren mit Sektkelchen. Aber Bekanntschaft mit dem Scheuerlappen — selten sieht man davon etwas. Oder denken wir an den jungen Mann, der sich auf Reiten und Schießen beschränkt. Sollte man den nicht beneiden? Wie herrlich kann er alle Schwierigkeiten beseitigen. Er galoppiert ihnen davon oder knallt sie über den Haufen. Wie kommt es nur, daß bei mir im Büro oder in der Werkstatt alles so ganz anders ist?

Zur erlaubten, unbefangenen Freude am Film gehört, so paradox es klingt, für uns doch auch der kritische Abstand. Und uns der Illusion des Films hinzugeben, das ist uns nur erlaubt, wenn wir zuvor hart und nüchtern in unserem Urteil geworden sind.

Wir haben das Bild vom Film mit Bedacht einmal einseitig und auf die gängige Unterhaltungsware beschränkt gezeichnet. Das Ziel, das unserer Zeitschrift gestellt ist, bringt es mit sich, daß wir dabei die Frage nach der beruflichen Existenz, nach der sozialen Einordnung vor allem anklingen lassen. Es ist aber ebenso richtig, wenn auch weniger häufig, daß der Film mit der Vielfalt seiner Erscheinungen auch ernsthafte und beachtliche Beiträge gerade zu diesen Fragen liefert. Beiträge, denen man zustimmen kann, oder mit denen sich auseinanderzusetzen mindestens lohnend erscheint. Wir wollen das an dieser Stelle in Zukunft mehr als bisher tun.

Friedrich Schönfeld †

Wer in Wahrheit das Gute will, braucht die Klugheit gegen die Ausflüchte.

Sören Kierkegaard

Rekorde um jeden Preis

Der sogenannte Leistungssport, die Sucht, mit allen Mitteln Rekorde zu erzielen, hat den Sport, der, wie der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, Dr. Ritter von Halt, kürzlich sagte, „einem ruhig, allmählich anschwellenden Flusse glich, welcher durch die Dämme des sportlichen Wettbewerbs dahinglitt“, heute „zum reißenden Strome gemacht“.

Der ungehemmte Leistungshunger hat den Sport unendlich weit von seiner ursprünglichen Bestimmung entfernt: eine Leibesübung zu sein, eine Stunde der Erholung . . .

Was blieb von dem, was Bundespräsident Professor Heuss einmal sagte: „Wenn ich mir überlege, was der tiefe Sinn des sportlichen Lebens ist, dann doch der, im einzelnen und in der Gruppe das Lebensgefühl zu erhöhen“.

„Ich werde in diesem Jahre zwei neue Weltrekorde aufstellen — wie ich es versprochen habe!“ sagte Emil Zatopek, unbestritten einer der größten Läufer unserer Zeit, Oberstleutnant im tschechischen Heer. In den Monaten Januar und Februar lief Zatopek im Training fast 2000 Kilometer — und als man ihn nahelegte, sich im Hinblick auf die Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen 1956 in Melbourne vom Dienst beurlauben zu lassen, sagte er: „Laßt mir meine Arbeit, sie ist meine einzige Erholung“!

Was aber steht hinter dieser „Roboter-Leistung“? Die Erhöhung des Lebensgefühls? Die spielerische Freude am sportlichen Geschehen oder der Ruhm der Nation?

Wir sind kein „Volk des Sportes“, und auch kein anderes Land der Welt kann diese Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen, denn immer werden die „Sehsportler“ die Aktiven überwiegen; das ist eine natürliche Erscheinung. Für die meisten Menschen gewinnt der Sport nur an Bedeutung, wenn einmal ein Länderkampf auf dem Programm steht, aber dann geht es meist um das Prestige; sie glauben, daß

der Ruhm des Sportes auch der Ruhm der ganzen Nation sei.

Bei aller Beschwörung, den Sport doch nicht zu ernst zu nehmen und die sportliche Niederlage nicht zur nationalen Tragödie zu machen, sehen wir: das sagt sich alles leichter hin, als es getan ist. Im Grunde läßt ein „Sieg“ oder eine Meisterschaft eben doch oft wahre nationale Excesse deutlich werden. So ist denn, ob man es wahrhaben will oder nicht, mangels „anderer Gelegenheit“ der Sport das nationale Aushängetuch geworden. Und überall flattern diese Tücher recht lustig.

Das echte Gefühl für den Sport, für die sportliche Leistung, stirbt dort, wo das Muß zum Rekord, zum Siegen um jeden Preis, den Menschen treibt. Aus dem Spiel ist tödlicher Ernst geworden, der Sensationen schafft und von Sensationen lebt, der die Völker nicht, wie man einmal glaubte, verbindet, sondern im nationalen Fanatismus trennt.

Diese Tatsache ist es, der viele Menschen fassungslos gegenüberstehen. Nicht die Frage nach Amateur- oder Berufssport hat so tief in das sportliche Geschehen eingegriffen, sondern allein der mit allen Mitteln geführte Kampf um den Sieg.

Wir wissen nicht, wo hier eine Grenze gezogen werden soll. Vielleicht ist es eine Geschmacks- und Charaktersache einzelner — die Masse in den Stadien feiert nur den Sieger, den hochgezüchteten Rekordmann. Und die Leibesübungen finden, wenn überhaupt, nur noch auf den Nebenplätzen statt, wo der Rasen naturgewachsen und die Laufbahn noch nicht nach der letzten Kurventechnik „konstruiert“ wurde.

Aber eigentlich gibt es gar kein Zurück. Der Sport ist ein Kind unserer Zeit, ein groß gewordenes Kind. Er ist wie alle anderen Lebensbereiche der Technisierung verfallen. Das braucht nicht unbedingt eine Gefahr zu sein. Wie schnell aber die

Durchorganisierung und Technisierung zu einem akuten Gefahrenproblem werden können, haben uns die Russen bei der Weltmeisterschaft im Geräteturnen demonstriert. Von der Freude am sportlichen Spiel, von der Genugtuung über eigenes körperliches Leistungsvermögen war trotz hervorragender Technik und Körperbeherrschung bei diesen Turnern nichts mehr zu spüren. Sie turnten exakt, zeig-

ten höchstes Können — aber eben nur das. Eine Sportjournalistin schrieb hinterher, die Russen hätten alles gehabt, nur keinen Schwung. Genau darum geht es: Schwung ist Ausdruck der Freude. Ein schwungloser Sport degradiert die Freude an der Leistung zum Zwang zur Leistung. Ob der Sport zum Wohle der ihn Ausübenden sich hier selbst Grenzen ziehen kann?

Ernst Heyda

Sozialpolitischer Zeitspiegel

Evangelische Aktionsgemeinschaft gegen Spaltung des DGB

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die alle evangelischen Verbände und Organisationen, welche sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen, zusammenfaßt, hat in den Auseinandersetzungen um die Bildung von christlichen Gewerkschaften eindeutig Stellung gegen eine Spaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes genommen. Diese Auffassung unterstreicht der Bundesgeschäftsführer der Aktionsgemeinschaft, *Henry Lillich*, erneut in einem Artikel in „Evangelische Welt“ unter dem Titel „Der christliche Arbeiter im gewerkschaftlichen Kräftefeld“. Lillich schreibt: „Im evangelischen Bereich ist gegenüber der Entwicklung vor 1933 eine neue Situation eingetreten. Aus dem Kreis der kirchlichen Werke und Verbände sind neue Arbeitsformen entwickelt worden mit dem Ziel, zwischen Kirche und Arbeitnehmerschaft neue Beziehungen herzustellen. Neben der evangelischen Arbeiter-Vereinsbewegung, die heute noch am stärksten im nordrhein-westfälischen Industriegebiet vertreten ist, sind neue aktive Arbeitnehmergruppen entstanden. Von ihnen aus soll die Aktivität evangelischer Christen in der Einheitsgewerkschaft gepflegt und gestärkt werden. Für die aus überwiegend politischen Gründen erfolgenden Vorbereitungen einer Spaltung der Einheitsgewerkschaft ist in evangelischen Kreisen kaum Verständnis auf-

gebracht worden, und so sind bisher alle Versuche in dieser Richtung durch die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen abgelehnt worden.“

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz, *Heinz Seeger*, äußerte sich kürzlich ebenfalls in einem Vortrag in Paderborn vor Holzarbeitern zur Frage der Gründung neuer Gewerkschaften, die außerhalb des DGB stehen sollen. Er vertrat die Auffassung, daß es nicht der richtige Weg sei, eine neue Gewerkschaft zu gründen, nur weil man mit dem Handeln und der Leitung einer bestehenden Gewerkschaft nicht einverstanden sei. Seeger äußerte die Befürchtung, daß bei einer Gründung einer solchen neuen Gewerkschaft viele der Arbeitnehmer, welche die Einheitsgewerkschaft verlassen würden, nur schwer den Weg zur neuen Gewerkschaft finden könnten.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“, das Organ der Gewerkschaft Holz, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 15. Juli eine Leserstimme zum gleichen Fragenkomplex. Der Verfasser dieser Zeilen schreibt: „Um es einmal ganz klar auszusprechen: weder kann die Kirche oder die Religion die Gewerkschaften ersetzen, noch will die Gewerkschaft etwa eine Ersatzreligion oder Ähnliches sein... Jedem, dem die Sache der Arbeiterschaft ernst ist, müßte es widerstreben, etwa von christlichen Gewerkschaftlern zu sprechen, denn in logischer Schlußfolgerung müßte er dann auch von unchristlichen Gewerkschaft-

lern sprechen und gerade das wäre — von allem anderen abgesehen — wider jede Vernunft, denn 90 % aller deutschen Staatsangehörigen gehören einer christlichen Religionsgemeinschaft an und sind also Christen. Wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, sind diese Menschen eben als Gewerkschaftsmitglieder christliche Gewerkschaftler. Eine andere Möglichkeit gibt es einfach nicht. Wer, und mit welchem Recht, fühlt sich berufen, unsere Kollegen etwa in christliche und unchristliche Kollegen einzuteilen?“.

Adenauer wünscht Neuordnung der sozialen Leistungen

Die seit Jahren andauernde Verschleppung der Sozialreform hat Bundeskanzler Adenauer veranlaßt, auf den Abschluß der Vorarbeiten zu drängen. Kürzlich haben nun die Professoren Achinger, Muthesius, Höffner und Neundörfer in einer Denkschrift die Unterlagen ausgearbeitet, die jetzt dem Kabinett vorliegen. Wenn die vorgelegten Entwürfe durch den Bundestag Gesetzeskraft erhalten — was heute noch nicht abzusehen ist —, wird sich die Situation in der sozialen Hilfeleistung völlig umkehren: der Staat steht dann nicht mehr an erster Stelle in der Rangordnung der Hilfeleistenden, sondern an letzter. Nach den Vorschlägen der Denkschrift sollen vor allem der Einzelne und die Familie mit ihren Nöten soweit wie möglich selbst fertig werden. Eine erste Übersicht hätte die von den genannten Professoren vorgeschlagene Regelung in folgende Punkte zu gliedern:

1. Im Falle einer Krankheit sollen die Kosten etwa in Höhe von DM 10 bis DM 15 selbst getragen werden. Die Allgemeinen Krankenkassen sollen frei wählbare Tarife einführen, damit bei höheren Beiträgen auch höhere Leistungen beansprucht werden können.
2. Die Möglichkeiten der Selbsthilfe — Eigentumswohnungen, landwirtschaftliche Eigenversorgung, währungsbeständiges Sparen usw. — sollen ausgebaut werden und Steuervergünstigungen erhalten.
3. Nur die Gemeinden sollen zuständig sein für die Versorgung von Witwen-

haushalten und alten Personen, wenn die Renten der Sozialversicherung nicht ausreichen.

4. Die saisonbedingte Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufsgruppen soll durch berufliche Ausgleichskassen abgefangen werden. Bei Krankheit soll der Betrieb auch für Lohnempfänger einspringen und bei vorübergehender Invalidität und saisonbedingter Arbeitslosigkeit „Übergangsgeld“ zahlen.
5. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen von den Versicherten allein aufgebracht werden, also keine Beteiligung der Firmen.
6. Die Handwerkerversorgung wird aus der Angestelltenversicherung ausgegliedert. Handwerker, Bauern und andere Selbständige erhalten eigene Altersversicherungen.
7. Der Staat unterhält einen einheitlichen vertrauensärztlichen Dienst. Die ärztliche Behandlung soll von der Arbeitsunfähigkeit getrennt werden. Die Stellung der Vertrauensärzte soll etwa der von Richtern gleichen, sowohl was die Unabhängigkeit als auch die berufliche Qualifikation betrifft.

Während auch Bundesminister Schäfer auf einer Pressekonferenz am 27. 6. in Bremen erklärte, der Staat solle bei der Neuordnung der sozialen Struktur so wenig wie möglich eingeschaltet werden, vielmehr käme es auf ein Höchstmaß an Selbstverantwortung und Eigenvorsorge an, äußert sich der DGB-Nachrichtendienst vom 14. 7. in entgegengesetzter Richtung. Der DGB vertritt hiernach die Auffassung, daß die geplante Sozialreform nur dann ihren Sinn erfüllen wird, wenn sie eine wesentliche Verbesserung der sozialen Sicherung für die arbeitenden Menschen, vor allem eine Erhöhung der Leistungen in der Renten- und Krankenversicherung bringt. Verschiedentlich sind Befürchtungen gegen die Weiterführung der jetzigen Versicherungspraxis ausgesprochen worden. Oberkirchenrat Erwin Wilkens hat vor dem Ausschuß zur Sozialreform der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen und auch in einem Artikel in dieser Zeitschrift eine mögliche Entwicklung zum totalen Wohlfahrtsstaat, in dem jede private Initiative der Eigenvorsorge ausgeschaltet ist, ge-

kennzeichnet. Anfang Juli trat nun auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einem zehn Leitsätze umfassenden Programm zur Sozialreform an die Öffentlichkeit. Die Bundesvereinigung fordert die Aufrechterhaltung der traditionellen Organisationsform der deutschen Sozialversicherung. Sie lehnt allerdings eine Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises ab, verlangt aber Gesundheitsvorsorge und Frühbehandlung und tritt für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung ein.

Am 13. 7. wurde in einer Kabinettsitzung in Bonn die Einsetzung eines Ministerausschusses unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers beschlossen, der die weiteren Arbeiten für die Sozialreform vorbereiten soll.

Jugend in unserer Zeit

Eine Befragung von 640 Jungen und Mädchen einer Frankfurter Volksschule ergab folgende Zahlen: 2 tragen vor dem Schulgang Brötchen und Zeitungen aus; bei 29 ist die Mutter berufstätig und der Vater sorgt für das Frühstück; 47 gehen ohne Essen zur Schule; 30 bekommen kein Schulbrot mit; 62 erhalten Geld für Verpflegung während der Schulzeit, der Betrag schwankt zwischen DM —,70 und DM 1,50 pro Woche; 125 besitzen eigene Wohnungsschlüssel; 57 wärmen sich ihr Essen selbst; 121 haben keinen Vater mehr; in 195 Familien arbeiten beide Eltern; in 98 Familien hat nicht jeder sein eigenes Bett.

Betriebsrätelehrgang in Friedewald

Vom 26. 6. bis 2. 7. fand in der Evangelischen Sozialakademie ein Kurzlehrgang für Betriebsräte statt. Das Thema hieß „Der Betriebsrat zwischen Betrieb und Gewerkschaft“. Bereits in den ersten Tagen kristallisierten sich die eigentlichen Brennpunkte der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern heraus. Zur Mitbestimmung sagte Sozialsekretär Lillich, daß Mitbestimmung nur in einer von freien marktwirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten Wirtschaft möglich ist. Sie sei überhaupt nur sinnvoll, wenn eine echte, vorurteilsfreie Zusammenarbeit der Sozialpartner in den Betrieben zum Aus-

druck käme. Die Evangelische Sozialakademie hatte zu diesem Lehrgang eingeladen, da von vielen Seiten der Wunsch nach einer offenen Aussprache an die Leitung der Akademie herangetragen worden war. Die anwesenden (über 50) Betriebsräte aus allen Industriegebieten der Bundesrepublik äußerten nach Überwindung der Skepsis dieser kirchlichen Einrichtung gegenüber, daß sie sich immer mehr der Not und Verantwortung ihres Amtes bewußt würden. Als Betriebsrat hätten sie ja nicht nur die Interessen der organisierten Arbeitnehmerschaft ihres Betriebes der Betriebsleitung gegenüber zu vertreten, sie seien auch durch Mitarbeit in der Betriebsführung zur Verantwortung dem Betrieb gegenüber verpflichtet. Sehr oft stünden aber die Interessen des Betriebes und auf der anderen Seite die Interessen der Belegschaft im Gegensatz zueinander.

Als Referenten hatte die Evangelische Sozialakademie außer dem Bundesgeschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, *Henry Lillich*, Direktor *Bangert* von den Burger Eisenwerken — Vorsitzender der Tarifkommission des Hessischen Arbeitgeberverbandes —, Gewerkschaftssekretär *Thorwirt* vom Landesbezirk Rheinland-Pfalz des DGB und Arbeitsdirektor *Weber* von der Zeche Walsum gewinnen können.

Von allen Beteiligten wurde erklärt, daß trotz der oft sehr scharf geführten Diskussionen ein völlig ehrliches Gespräch zwischen den Exponenten der verschiedenen Richtungen zustande gekommen sei und Früchte getragen habe. Einige Betriebsräte äußerten, daß sie mit vielen Vorbehalten nach Friedewald gekommen seien, daß sie aber nun zu ihrem Erstaunen festgestellt hätten, wie viele Kräfte innerhalb der Evangelischen Kirche ihnen entgegenkämen und die Not der sozialen Situation erkannt hätten. Sie wollen sich nun in den Betrieben um die Weiterführung des in Friedewald angeregten offenen Gesprächs zwischen den Sozialpartnern bemühen.

Starker Mangel an evangelischen Lehrern

Während sich in Rheinland-Pfalz an den öffentlichen Volksschulen die Prozentsätze von Schülern und Lehrern beider

Konfessionen fast decken, sind an den Mittel- und höheren Schulen des Landes weit weniger evangelische Lehrer beschäftigt, als nach den entsprechenden Schülerzahlen zu erwarten wäre. Aus Hessen wird uns bekannt, daß die Verhältnisse hier ähnlich liegen. Aus statistischen Unterlagen wird die Vermutung hergeleitet, daß sich mehr katholische Schüler als evangelische für den Lehrerberuf entscheiden. Während in Hessen in den Volksschulen fast 60 Prozent der Schüler katholisch sind, machen an den höheren Schulen die evangelischen Schüler über 50 Prozent aus. Trotzdem zeigt aber die konfessionelle Zusammensetzung der Lehrerschaft an den Mittel- und höheren Schulen, daß die katholischen Schüler weit mehr zum Lehrerberuf neigen als die evangelischen.

Präses Held: Es geht um den Menschen!

Der rheinische Präses D. Held sprach anlässlich des Niederrheinischen Kirchentages vor Angehörigen der Duisburger Kupferhütte. Zur Frage, welche Aufgaben die Kirche an der Arbeiterschaft hätte, führte der Präses aus: „Wir wollen Sie nicht zurückholen in eine Kirche, die für ihre Arbeitswelt bisher kein Verständnis und keinen Raum gehabt hat. Wir wollen Sie auch nicht von einer politischen Meinung, die Sie jetzt haben, zu einer anderen überreden, die wir vielleicht haben. Wir wollen Sie auch nicht aus der Einheitsgewerkschaft einer christlichen Gewerkschaft zuführen. Wir wollen Sie erst recht nicht in Ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen auf ein besseres Jenseits verträsten und Sie an die Ruhe als an die erste Bürgerpflicht erinnern. Wir wollen vielmehr bei Ihnen stehen in Ihrer sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Situation. Wir möchten für Sie ein wenig eintreten im öffentlichen Leben, nicht nur auf den Wegen der karitativen Hilfe, sondern auch der öffentlichen Gesetzgebung und einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung.“ Präses Held führte dann weiter aus, daß Theologen keine Techniker und Wirtschaftsexperten seien und deswegen zu den gestellten technischen Fragen, zum Arbeitsprozeß und der Rolle der Maschinen keine Stellung nehmen könnten.

Obwohl die Kirche „keine technische Versuchsanstalt“ ist, wie Präses Held sagte, müssen doch die Bemühungen dahin gehen, auch dem Theologen einen Einblick in die technische Arbeitswelt zu geben. Dazu gibt es viele Möglichkeiten, die in den verschiedensten Ansätzen bereits praktiziert werden. Kirchliche Institutionen, wie z. B. das Burckardthaus in Gelnhausen, führen gegenwärtig Untersuchungen durch, die — um beim Burckardthaus zu bleiben — die Arbeitsweise von Frauen an Maschinen mannigfacher Art zum Gegenstand haben. Diese Untersuchungen haben gezeigt, daß bei der Konstruktion z. B. von Webstühlen immer vom Körperbau des Mannes ausgegangen wurde, daß aber deswegen die Frau mit ihrer andersgearteten Konstitution sehr schnell an solchen Maschinen ermüdet und arbeitsunfähig wird. Andere Untersuchungen gelten der Landarbeit. Der Einführung junger Theologen in die kleinen alltäglichen Probleme der Arbeitswelt galten auch Gespräche, die in der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald zwischen Berliner Arbeiterinnen und den Absolventen des Predigerseminars in Herborn/Dillkreis stattfanden. In diesen Gesprächen äußerten sich die Kandidaten aus Herborn, daß sie es als einen ausgesprochenen Mangel ansähen, nicht schon während ihres Studiums an die sozialen Probleme bis hinein in technische Einzelheiten des Arbeitsprozesses eingeführt worden zu sein.

Internationales Ferienlager für Arbeiter

In Verbindung mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und Institutionen der Oekumene findet vom 13. bis 19. August im Oekumenischen Jugendheim in Agape bei Turin (Schweiz) erstmalig ein internationales Ferienlager für Fabrikarbeiter statt. Obwohl dieses Lager vor allem der Erholung und Entspannung dienen wird, sind auch einige Vorträge und Diskussionen vorgesehen. Es soll gesprochen werden über folgende Themen: Lohn- und Preispolitik, die soziale und wirtschaftliche Lage in Europa, das Problem der Arbeiterpriester.

Einnahme und Verbrauch im Arbeitnehmerhaushalt

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte Ende Juni eine Erhebung über die

Einnahmen und Ausgaben in 282 Haushaltungen einer mittleren Verbrauchergruppe. Danach betrugen im Jahre 1954 die durchschnittlichen monatlichen Gesamteinnahmen in einem Arbeitnehmerhaushalt dieser Gruppe DM 505,36. Dieser Betrag verminderte sich um 11 v. H. für Steuern und gesetzliche Versicherungen, so daß den Haushaltungen DM 447,86 ausgabefähige Einnahmen verblieben.

Das Statistische Bundesamt teilt zu dieser Erhebung mit, daß bei den befragten Haushaltungen der Haushaltsvorstand, dessen Arbeitseinkommen die Haupteinkommensquelle der Familie darstellt, Arbeiter, Angestellter oder Beamter ist. Die Verteilung der befragten Haushaltungen entsprach den Anteilen der Gruppen an der Gesamtbevölkerung.

Neben dem Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes hatten die untersuchten Haushaltungen im Jahre 1954 monatlich noch etwa DM 60,— sonstige Einkommen, die aus nebenberuflicher Tätigkeit des Haushaltsvorstandes und dem Arbeitsverdienst anderer Glieder der Familie herrührten. Hierbei sind auch Einnahmen aus Versicherungen, Unterstützungen und Geschenke aufzuführen.

Die befragten Haushaltungen wandten je Haushalt und Monat 1954 im Durchschnitt DM 435,79 für den Verbrauch auf. Verglichen mit 1953 trat damit eine Erhöhung der monatlichen Ausgaben um DM 27,42 oder 6,7 v. H. ein. Außer für Bekleidung wurden in allen Bedarfsgruppen mehr Gelder aufgewendet als im vergan-

genen Jahr. Starke Zunahmen erfuhren die Bedarfsgruppen „Hausrat“ (+ 19,4 v. H.), „Heizung und Beleuchtung“ (+ 15,1 v. H.), „Bildung und Unterhaltung“ (+ 9,9 v. H.), „Reinigung und Körperpflege“ (+ 8,4 v. H.), „Wohnung“ (+ 8,2 v. H.), „Genußmittel“ (+ 7,2 v. H.), „Verkehr“ (+ 7,1 v. H.), während für Ernährung nicht ganz die durchschnittliche Zunahme der Ausgaben (+ 5,7 v. H.) erreicht wurde.

Eine Besonderheit stellt die Bedarfsgruppe „Bekleidung“ dar. Während in den vergangenen Jahren diese Gruppe immer an der ersten Stelle der Verbrauchszunahme lag, fiel sie im Jahre 1954 an die letzte Stelle zurück. Die Kleidungsnot scheint demnach nun behoben zu sein. Während in den vergangenen Jahren der Nachholbedarf außerordentlich stark war und nach der Befriedigung der ernährungsmäßigen Bedürfnisse einen Großteil der Ausgaben ausmachte, ist im vergangenen Jahr 1954 nur noch von Ersatzanschaffungen im Rahmen des normalen Verbrauchs zu sprechen.

Für diesen „Sozialpolitischen Zeitspiegel“ stand uns folgendes Material zur Verfügung: „Holzarbeiterzeitung“ der Gewerkschaft Holz; „Spiegel der evangelischen Kirchenpresse“, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; DGB-Nachrichtendienst; DGB-Informationsdienst; Schnelldienst des Deutschen Industrieministeriums; Material zum Zeitgeschehen, herausgegeben vom Deutschen Industrieministerium; Evangelischer Pressedienst (epd); „Bulletin“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Evangelische Jugend-Information (eji); Informationen der Evangelischen Sozialakademie (esi) und eigene Korrespondenzberichte.

Held sein, eine Minute, eine Stunde lang, das ist leichter, als in stillem Heroismus den Alltag tragen.

Dostojewski

Die Sage vom Klassenkampf

Um es vorweg zu sagen: Gewerkschaften sind doch, wenn man sie recht betrachtet, eine Einrichtung für etwas — nämlich Interessenvertretung der in ihnen organisierten Arbeitnehmerschaft. Jedenfalls ist es heute so: das Positive, das „für etwas“ überwiegt eindeutig das „gegen etwas“. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man erklären, warum die Gewerkschaften noch vor 30 und 40 Jahren in ihrer Grundtendenz gegen etwas waren — nämlich die schonungslose Ausbeutung durch die Industrie und die Rechtlosigkeit der Arbeiter. Die Zeiten haben sich geändert, die Gewerkschaften haben heute nicht mehr um Anerkennung zu kämpfen — sie sind anerkannt. Die Gewerkschaften haben sich nicht mehr mühsam Schritt für Schritt gegen Vorurteile, mangelnde Kenntnis der Situation und „Nicht-sehen-wollen“ durchzusetzen — sie haben Macht, Vorurteile zu beseitigen, sie stoßen in immer weiteren Kreisen auf fundierte Sachkenntnis und Verständnis. Nur — so mancher in den Reihen der IG Metall oder IG Holz oder IG Druck und Papier sieht es nicht — oder will es nicht sehen.

Da erschien kürzlich (15. Juli) in der „Holzarbeiter-Zeitung“, dem Organ der IG Holz, ein Artikel unter der Überschrift „Jetzt wissen wir es ganz genau“. Im ganzen: ein böser Ausfall gegen die Unternehmer schlechthin. Ein Rückzug auf den Klassenkampf von vor 50 Jahren und noch dazu, vom Sachlichen her gesehen, eine völlig einseitige Argumentation. Um was ging es? Der „Industrie-Kurier“ veröffentlicht bereits seit längerer Zeit Briefe eines Unternehmers an seinen Sohn. Es geht um die Erläuterung von wirtschaftspolitischen Problemen. An dieser Stelle soll nicht zum Inhalt des letzten dieser Briefe Stellung genommen werden, der sich mit der seinerzeit von der ganzen Weltöffentlichkeit heiß diskutierten Frage beschäftigt, ob es gerechtfertigt war, in Brasilien Kaffee ins Meer zu schütten, damit die

Preise gehalten werden konnten. Eine solche Stellungnahme würde eine ausführlichere Beschäftigung mit diesen Vorgängen erfordern, der hier aber nicht genügend Platz zur Verfügung steht.

Einige Randbemerkungen in dem zitierten Artikel haben den Schreiber dieser Zeilen veranlaßt, zur Feder zu greifen. Da schreibt also der Verfasser, dessen Name leider nicht genannt ist, folgendes:

„... Natürlich schreibt der Unternehmer nicht seinem Sohn, sondern den Lesern des Industrie-Kuriers, von denen man wohl annehmen dürfte, daß sie selbst vorwiegend Unternehmer sind. Es ist bezeichnend, daß man Unternehmern in volkstümlicher Weise wirtschaftspolitische Vorgänge erklären muß, die sie in ihrer täglichen Praxis vor Augen haben und sogar gestalten. Daraus spricht keine hohe Meinung über deren Intelligenz“.

Oder an anderer Stelle — der Verfasser hatte sich mit einigen Erläuterungen zu der „Defesa“ beschäftigt, einer staatlichen brasilianischen Einrichtung, die den Kaffee zu hohen Preisen ankauft, nach Überfüllung der Lager und keiner Exportmöglichkeit aber tonnenweise ins Meer schaufeln ließ — heißt es:

„... Der Intelligenztest wäre also der westdeutschen Bevölkerung gestellt. Sie müßte sich fragen, warum sie sich Kosten und Hohn der ‚freien Unternehmer‘, die auch sie zwangsweise mit ihren Steuermitteln unterstützt, noch länger gefallen lassen soll.“

Das ist ein eindeutiger Appell für die Ideen des Klassenkampfes. Ob sich wohl der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger, mit diesen Erklärungen identifizieren kann? Derselbe Heinz Seeger, der in Paderborn kürzlich in einem Vortrag wörtlich geäußert hat:

„Als Gewerkschaften haben wir die Meinung der anderen zu achten und Toleranz zu üben.“

Der zitierte Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat etwas Deprimierendes an

sich und stellt uns vor die bitter ernste Frage: Werden wir mit solchen Mitteln jemals zu einer wirklichen Entgiftung der Atmosphäre kommen? Ist nicht solche einseitige, man kann sagen, gehässige Polemik gegen den Unternehmer schlechthin der Spaten, der allen Versuchen zu einer sinnvollen Zusammenarbeit beider Sozialpartner das Wasser abgräbt? Auf kirchlichem Boden haben gerade in der letzten Zeit des öfteren Zusammenkünfte von Arbeitnehmern und Unternehmern stattgefunden. Man sollte die Ergebnisse dieser in völliger Offenheit geführten Gespräche viel mehr publizieren, denn hier haben sich viele verheißungsvolle Ansätze gezeigt. Ansätze, die einmal von dem Bemühen beider Seiten sprechen, den anderen doch erst einmal ernst zu nehmen, die andererseits aber auch Zeugnis von einem wachsenden Verantwortungsgefühl beider Seiten in unserer gegenwärtigen Situation ablegten. Ob eine Schlichtungsvereinbarung wie die in der Metallindustrie wohl zustandegekommen wäre, wenn Leute an den Verhandlungstischen gesessen hätten, die wie in dem zitierten Artikel den Unternehmern mangelnde Intelligenz und verantwortungsloses Ausbeutertum nachsagen? Eigentlich ist es doch beschämend, daß sich Radikalinskis wie der Verfasser des zitierten Artikels so gern hinter der Anonymität verbergen. Hat er nicht den Mut, in einem offenen Gespräch seine Meinung zu vertreten? Oder will er dieses offene Gespräch überhaupt nicht?

Lassen wir uns nicht täuschen: die soziale Aufgabe der Kirche, nämlich die Hinführung zu einer echten Auseinandersetzung auf sachlicher Basis im sozialpolitischen Raum steht noch immer im Anfangsstadium einer möglichen Erfüllung. Solange noch gewerkschaftliche Stimmen zu vernehmen sind, die meinen, die Existenz der Gewerkschaften sei immer an die Frage nach dem „ob“, nicht aber nach dem „wie“ gebunden, ist keine Bemühung um ein sachliches Gespräch zu scheuen. Die Frage, ob es Gewerkschaften geben solle, steht überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Wenn wir z. B. an den DGB denken, sehen wir, daß er zu einem nicht mehr wegzudenkenden und notwendigen Faktor im Volksleben geworden ist. Trotz mancher immer noch aufklingender Racheschreie sind aber gerade im gewerkschaftlichen Lager Stimmen zu vernehmen, die eine geistige Grundkonzeption fordern. Sie haben erkannt, daß das Klassenkampfzeitalter endgültig passé ist, daß vielmehr heute die Forderung nach der ideellen und praktischen Eingliederung in das Gesamtgefüge der Gesellschaft verwirklicht werden muß. Eine sinnvolle Eingliederung und damit der Anfang zu einer auf sachlichen Fundamenten gegründeten förderlichen Auseinandersetzung sind aber bereits heute in ihren Grundstadien klar vorgezeichnet zu erkennen. Das kann auch der anonyme Verfasser des Artikels in der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit seinem Rückzug auf den Klassenkampf nicht verkennen — wenn er ehrlich ist.

Günther Windschild

Der Lieberalist steht in der Gefahr, einem weltanschaulichen Ideal zu huldigen, das keine Verbindung mit der Gegenwart aufweist.

Landesbischof Lilje vor der Synode in Eopelkamp

Aus der Aktionsgemeinschaft

Zur Schlichtungsvereinbarung in der Metallindustrie

Eine Stellungnahme

der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen

Von der Tagespresse fast unbemerkt vollzog sich Mitte Juni ein für die westdeutsche Wirtschaft bedeutsames Ereignis. Der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V. und die IG Metall haben eine freiwillige Schlichtungsvereinbarung zum Abschluß gebracht, mit der die Partner in der Metallindustrie künftige Streitigkeiten, die bei Tarifverhandlungen auftauchen können, in eigener Verantwortlichkeit schlichten wollen.

Die Bedeutung dieser Vereinbarung liegt nicht nur in der Tatsache, daß damit für ca. 1,7 Millionen Beschäftigte in der Metallindustrie die Möglichkeit von Lohnkämpfen weitgehend beseitigt ist, obwohl allein schon dieser Tatbestand im Blick auf die Metallarbeiter-Streiks der vergangenen Jahre besonders zu begrüßen ist. Weit mehr scheint nach unserer Auffassung die Bedeutung dieses Abkommens darin zu liegen, daß die IG Metall gewillt ist, das gesunde Zusammenspiel der Kräfte in der Wirtschaft zu fördern und Kampfmaßnahmen auf das unbedingt notwendige Maß herabzudrücken.

Als größte Gewerkschaft innerhalb des DGB verkörpert die IG Metall den Typ der modernen Massenorganisation, die, ganz gleich welche Personengruppe in ihr organisiert ist, den Hang zur Totalität und zur Gewaltanwendung hat. Otto Brenner, der erste Vorsitzende der IG Metall, und einige seiner Freunde waren auf dem Bundeskongreß des DGB in Frankfurt scharfe Opponenten der von Walter Frei-

tag geforderten und begründeten Politik der Schlichtung in Eigenverantwortlichkeit der Partner. So mag es für manchen überraschend sein, daß nun die IG Metall für ihren Bereich mit den Arbeitgebern eine Schlichtungsvereinbarung abgeschlossen hat, die die wesentlichsten Gedanken der zwischen Dr. Paulssen, dem Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und Walter Freitag, dem Vorsitzenden des DGB, vereinbarten Schlichtungsvereinbarung aufnimmt.

Ist diese neue Haltung der IG Metall ein Zeichen für die wachsende Einsicht, daß man auch im gewerkschaftlichen Kampf nur das Mögliche fordern und erzwingen kann? Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die deutsche Öffentlichkeit durch die Presse über diese Vereinbarung mit der gleichen Intensität informiert worden wäre, wie dies üblich ist, wenn seitens der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Forderung nach einer Politik des runden Tisches zum wiederholten Male zum Ausdruck gebracht wird. Zweifellos haben die Gewerkschaften manches verursacht, was mit einem gewissen Recht von den Arbeitgebern wie von der Öffentlichkeit als einseitige Politik angesehen werden kann. Andererseits wäre jedoch zu prüfen, ob die propagandistisch erzeugte Psychose über die Unduldsamkeit und Einseitigkeit der Gewerkschaften nicht an vielen Stellen maßlos übertrieben ist.

Niemand wird den Arbeitgebern oder auch anderen Gruppen in der Wirtschaft wehren, ihre berechtigten Interessen mit Nachdruck zu verfolgen. Das gleiche gilt auch für die Gewerkschaft und bis jetzt ist etwa im Blick auf das Aktionsprogramm des DGB kein gültigerer Beweis erbracht worden, daß die Forderungen der Gewerkschaften unberechtigt seien. Wer den wirtschaftlichen Fortschritt bejaht, kann vor der Weiterentwicklung der materiellen und sozialen Lage der schaffenden Menschen nicht Halt machen. Die von den Arbeitgebern sicher ungewollte und unbewußte Doppelzüngigkeit, einerseits die Forderungen der Gewerkschaften als zur Zeit nicht verwirklicht abzuweisen, und andererseits zu Gesprächen aufzufordern, ist nur Wasser auf die Mühle gewerkschaftlicher Agitatoren, die die Loyalität ihrer Mitglieder dadurch zu erhalten trachten, indem sie in beredter Weise die ablehnende Haltung im Unternehmerlager mehr oder weniger geschickt als reaktionär brandmarken. Sicher ist dies nur ein kleiner Teil der Gewerkschaftsfunktionäre, der den Klassenkampf einer sachlich begründeten Auseinandersetzung der Partner in der Wirtschaft vorzieht. Der weit überwiegende Teil der verantwortlichen Funktionäre ist um konkrete und sachliche Auseinandersetzung bemüht. Sie vertreten mit ihren Erkenntnissen den Standpunkt der unselbständigen Arbeitnehmer, nicht selten mit Zähigkeit und manchmal auch mit Unnachgiebigkeit. Doch hat sich in der Regel immer eine Kompromiß-Lösung gefunden.

Die Schlichtungsvereinbarung der Metallindustrie ist nach unserer Meinung ein sichtbarer Ausdruck für dieses Wollen innerhalb der Gewerkschaften und wir können uns mit dem Wunsch, den die Arbeitgeber in dem Schnelldienst des Deutschen Industrie-Instituts geäußert haben, nur identifizieren, daß mit dieser Vereinbarung ein Weg begangen wird, in der Zukunft Arbeitskämpfe so weit wie möglich zu vermeiden.

Partnerschaft ist nur da möglich, wo beide Partner sich grundsätzlich mit Vertrauen begegnen, d. h. für die Gewerkschaften und für die Arbeitgeberverbände als Tarifträger, daß sie auch die verschiedenartigen Auffassungen über Möglichkeiten der Tarifgestaltung, Lohnerhöhungen usw.

als echte Verhandlungsbasis ernst nehmen. Nur von dieser Voraussetzung aus ist eine vernünftige Funktionsfähigkeit freiwilliger Schlichtungsstellen möglich. Es ist auf die Dauer ein unwürdiges Spiel, wenn die Tarifpartner tage-, oft wochenlang miteinander handeln, um sich schließlich dann doch in der Regel auf die meist vorher schon als sachlich erkannte Lohnhöhe zu einigen. Es muß der Gedanke verschwinden, daß die Gewerkschaften grundsätzlich mehr verlangen müssen, als was sie erhalten wollen, und vor allen Dingen muß seitens der Arbeitgeber der Gesichtspunkt der „Geschäftstüchtigkeit“ verlassen werden, der bisher in der Praxis sich dahin auswirkte, daß die Arbeitgeber günstigstenfalls zunächst 3 Pfg. zugestanden, auch wenn sie eigentlich schon überzeugt waren, daß 5 oder 6 Pfg. ein auch für sie annehmbarer Kompromiß sei.

Es geht also um die Ehrlichkeit und um den Willen, sachlich dem Anderen das zuzugestehen, was ohne Schaden der eigenen Position zugestanden werden kann. Dahinter steckt im Grunde auch nichts anderes als die jahrtausendealte menschliche Verhaltensweise des redlichen Handelns. Wir wünschen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Einzelne und in ihren Organisationen auf dem Wege der freiwilligen Schlichtung die Redlichkeit zum Wohl der Wirtschaft und der in ihr tätigen und von ihr lebenden Menschen oben anstellt.

Von einer Frankreichfahrt, die von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft Württemberg veranstaltet wurde, erreichte uns ein Bericht, aus dem wir nachstehend Auszüge veröffentlichen. Der Berichterstatter hat sich ein Hauptproblem — die Mietenfrage bei Arbeiterwohnungen — herausgegriffen und schreibt uns dazu folgendes:

„Miete? Ich zahle keinen Sou“. Ein Sou ist ein französisches Geldstück, für das man in der guten alten Zeit ein Brötchen kaufen konnte. Und der Glückliche, der nicht mal einen Sou Miete bezahlt, ist ein Webermeister — nennen wir ihn Francois — aus dem kleinen Städtchen Hericourt in der Belforter Gegend. Francois hat

einen Peugeot aus den dreißiger Jahren (Verbrauch rund 15 Liter, „aber zieht noch prima“), einen großen Hund nicht ganz geklärt Abstammung, eine wie gesagt mietfreie Wohnung vom Werk und sechs Kinder. Die kleineren schauen etwas ängstlich, die größeren recht neugierig drein. So viel Besuch — eine Gruppe deutscher Arbeiter der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen auf einer Studienreise — haben sie noch nie erlebt. Es gibt in Frankreich viele Arbeiter wie Francois, die ein Auto haben und keinen Sou Miete bezahlen. Es gibt andere, die zehn oder zwanzig Franc Miete bezahlen, das sind zwölf oder vierundzwanzig Pfennig. Man wäre versucht, zu sagen „Arbeiterparadies“, wenn dieses Wort nicht zu einer verlogenen Phrase geworden wäre.

Die Mieten für Altwohnungen (Neubauwohnungen, die allerdings viel seltener sind als in Deutschland, kosten etwa so viel wie bei uns) sind in Frankreich minimal. Die Folge davon ist, daß viele Häuser ihrem Schicksal überlassen werden, weil das Mietaufkommen nicht mehr für die Instandhaltung ausreicht. Die Wohnungsnot — die es auch in Frankreich gibt, wird davon natürlich nicht geringer. Was geringer wurde, war das Interesse der privaten Bauherren, Häuser für andere zu bauen.

Hier mußte endlich der Staat eingreifen. Ihm verdankt es Francois, daß er heute umsonst wohnen kann. Von staatswegen wurden Wohnungsbaufonds eingerichtet, in die von jedem Arbeitgeber alljährlich ein Prozent der Gesamtlohnsumme einbezahlt wird. Unternehmer, die in eigener Regie Werkswohnungen für ihre Leute bauen, brauchen entsprechend weniger in die öffentlichen Fonds zu bezahlen. Auch des privaten Wohnungsbaus nahm sich der Staat an. Der kleine Mann, der sich ein Häuschen bauen will, kann vom Staat bis zu 80 Prozent der benötigten Baukosten als zinsverbilligten Kredit bekommen (5½ Prozent). Darüber hinaus bekommt jeder Bauherr einen nicht unbeträchtlichen „verlorenen Zuschuß“, also praktisch ein Geldgeschenk — ebenfalls vom Staat.

Man sieht: der französische Staat ist ein großer Wohltäter. Hier taucht allerdings die Frage auf: „Wer muß das bezahlen?“

Und vor dieser Frage fangen die staatlichen Wohltaten an, ihren Glanz zu verlieren. Letzten Endes stellt sich heraus, daß der wahre Spender dieser Wohltaten identisch ist mit ihrem Empfänger. Von Ausnahmen abgesehen (die Renault-Werke in Paris sind beispielsweise Staatsbesitz) schafft auch in Frankreich der Staat keine Werte, er verwaltet und lenkt sie nur. Bevor er einen Franc verschenkt, muß er ihn einnehmen. Seine Einnahmequellen sind die Steuern, die auch Francois zahlt.

Ähnlich ist es mit den Baugeldern der Unternehmer. Was sie in den staatlichen Wohnungsfonds einbezahlen, können Francois und seine Kollegen nicht mehr als Lohn bekommen. Das Geld und das Kapital, das Francois und sein Arbeitgeber schaffen und ansammeln, kommt nicht auf geradem Weg zum Markt. Es geht Umwege, die eine komplizierte Verwaltung notwendig machen und damit Geld kosten. Das wäre noch hinzunehmen. Viel schlimmer aber ist, daß durch diese Umwege auch Abhängigkeiten geschaffen werden, die niemand dienlich sind. Der Staat hat im Wohnungsbau insofern eine gewisse Monopolstellung, als er Bausparkassen und Kreditgeber teilweise ersetzt. Er hat kaum eine Konkurrenz, er hat niemand neben sich, der versucht, für billigeres Geld Besseres zu bieten.

Was in Frankreich die Francois, sind bei uns die Wilhelms. Auch sie haben ein Häuschen mit Blumen davor und Krautköpfen dahinter. Sie sind vielleicht nicht so billig dazu gekommen wie Francois. Aber es ist eben ihr Eigentum und sie sind unabhängig von Staat und Arbeitgeber geblieben.

Peter Stolp

*

Loccum. Vom 17. bis 19. August treten Vertreter der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen aus den norddeutschen Landeskirchen zu einer Arbeitstagung zusammen. Der Bundesgeschäftsführer der Aktionsgemeinschaft, Henry Lillich, wird einen Lagebericht über die gegenwärtige Situation der Aktionsgemeinschaft in den Landeskirchen geben. Außerdem sprechen Vertreter der

Landesaktionsgemeinschaften. Zum Thema „Das Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft im norddeutschen Raum“ sprechen Pastor Dr. Doebling, Loccum; Dr. Feller, Mönkeberg bei Kiel; Wilfried Geißler, Hannover. In einer Aussprache am 18. 8., die von Dipl.-Volkswirt Steinjan, Loccum, geleitet wird, sollen weitere Aktionen und die Koordination der Landesaktionsgemeinschaften besprochen werden.

*

In einem ersten Rundbrief gibt Sozialsekretär Henry Lillich, der Bundesgeschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand in der Aktionsgemeinschaft. Er berichtet über verschiedene Sitzungen des Vorstandes, die sich vor allem mit der Vorbereitung der Referate auf der Generalsynode in Espelkamp beschäftigt hätten. Henry Lillich zur Vorbereitung der Synode: „Zur Vorbereitung der Synode ist in der evangelischen Kirche von Westfalen eine besonders vorbildliche Arbeit geleistet worden. Die Mitglieder der Synode der EKD aus der evangelischen Kirche von Westfalen sind auf Veranlassung des Sozialamtes der Westfälischen Kirche zu verschiedenen Betriebsbesichtigungen eingeladen worden, um sich schon vor der Synode mit den Fragen aus der Welt der Arbeit bekannt zu machen. Außerdem berichteten die Sozialsekretäre der kirchlichen Werke und Verbände von Westfalen über ihre Arbeit. Diese Berichte sind im Kirchlichen Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Westfalen veröffentlicht und damit allen Pfarrern zugänglich gemacht worden. Die in Frage kommende Nummer des Amtsblattes liegt diesem Rundbrief bei. Vielleicht ergibt sich in den anderen Landeskirchen dadurch die Möglichkeit eines ähnlichen Verfahrens.“

Henry Lillich geht in diesem ersten Rundbrief der Aktionsgemeinschaft sehr gründlich auf die Lagerung der Verhältnisse in Bayern ein. Er schreibt:

„Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Bayern erfaßt wie alle Aktionsgemeinschaften im Bereich der Landeskirchen zunächst die kirch-

lichen Werke und Verbände, die jeweils einen Vertreter in die Aktionsgemeinschaft entsenden. Zur Aktionsgemeinschaft gehören weiter als stimmberechtigte Mitglieder der Sozialpfarrer und ein Sozialsekretär. Hierbei handelt es sich um Sozialsekretär Freimut Hirte, der dienstordnungsmäßig zur Geschäftsstelle des Sozialpfarrers gehört, und der mit dem Sozialpfarrer zusammen in der Geschäftsführung tätig ist. In der Satzung der Bayerischen Aktionsgemeinschaft heißt es unter anderem, daß sie für die Bildung von Arbeitskreisen sorgt, die im Rahmen der Satzung selbständig ihre Aufgaben erfüllen. Hierbei handelt es sich um örtliche Arbeitskreise, die sich aus den Mitgliedern der verschiedenen Betriebskerne zusammensetzen und die auf örtlicher Ebene einen 7- bis 8köpfigen Vorstand wählen. Diese Arbeitskreise evangelischer Arbeitnehmer oder auch Arbeitsgemeinschaften evangelischer Arbeitnehmer treffen sich regelmäßig alle 4 Wochen. Die einzelnen Arbeitskreise wählen ihre Delegierten für die Aktionsgemeinschaft auf Landesebene; nach der Satzung sind dies bis jetzt 12 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen. Diese Arbeitsform ist insofern interessant, als sie zunächst keine Rücksicht darauf nimmt, ob die erfaßten Arbeitnehmer nach Geschlecht und Alter zur Männer-, Frauen- oder Jugendarbeit gehören. In den Arbeitskreisen werden grundsätzlich alle erfaßt. Dies schließt nicht aus, daß die Werke und Verbände besondere Veranstaltungen durchführen. Die Aktionsgemeinschaft ist, wie schon angeführt, in ihrer Satzung dazu verpflichtet, für die Bildung solcher Arbeitskreise Sorge zu tragen, um die evangelische Arbeitnehmerschaft als Gruppe für ihren speziellen Auftrag sichtbar zu machen. Nach der Satzung können weitere stimmberechtigte Mitglieder vom Vorstand im Einvernehmen mit den örtlichen Arbeitskreisen benannt werden, und zwar 4 Arbeiter, 2 Arbeiterinnen und 6 Pfarrer aus Industrieorten.

Dieser Aufbau der Aktionsgemeinschaft in Bayern gewährt nach den dort gesammelten Erfahrungen einen guten Ausgleich für die Anliegen der kirchlichen Werke und ihres speziellen Auftrags“.

Unsere Leser haben das Wort

Aus Stuttgart erreichte uns eine Leserzuschrift, die sich mit den Ergebnissen der „Rhein-Ruhr-Aktion“ anlässlich der Betriebsrätewahlen befaßt.

„Mit Verwunderung habe ich in der ‚Mitarbeit‘ Nr. 2, Seite 30 unter der Rubrik ‚Sozialpolitischer Zeitspiegel‘ eine Notiz gelesen, die eine vorläufige Übersicht über das Ergebnis der Betriebsrätewahlen im Bergbau der Bundesrepublik gibt. Danach soll die Betriebsaktion Rhein-Ruhr 338 Vertreter in die Betriebsräte entsandt haben.

Diese mir unwahrscheinlich hoch erscheinende Zahl hat mich veranlaßt, mit einer Meldung im Informationsdienst Nr. 13 — herausgegeben vom Arbeiterwerk der EKD — Vergleiche zu ziehen. Auf Seite 2 wird das Ergebnis der Betriebsrätewahlen durch die IG Bergbau bekanntgegeben. Danach sind von 335 744 abgegebenen Stimmen auf die Betriebsaktion ‚Rhein-Ruhr‘ nur 568 = 0,16 % Stimmen entfallen.

Ich kann mich dem Eindruck nicht entziehen, daß die ‚Rhein-Ruhr-Aktion‘, sofern diese Verlautbarung von ihr stammt, sich mit fremden Federn geschmückt hat. Es wäre sicherlich aufschlußreich, was die Verantwortlichen alles unter dem Begriff ‚Christlich-Soziale‘ Vertreter verstehen. Jedenfalls entsteht durch diese Meldung in der ‚Mitarbeit‘ ein völlig schiefes Bild von dem Einfluß, den diese Aktion ausgeübt hat.“

Hans Kaiser

Am 2. 7. haben wir Herrn Kaiser mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Sehr geehrter Herr Kaiser! Recht herzlichen Dank für Ihren Brief vom 19. 6.. Zu ihren Fragen möchten wir folgendes

sagen: Die Meldung, die über die ‚Rhein-Ruhr-Aktion‘ in der Nr. 2 des laufenden Jahrganges erschien, haben wir im Wesentlichen von einem Pressedienst übernommen. Zwischen der Beendigung der Aktion und unserem Redaktionsschluß lag leider nur eine sehr kurze Zeitspanne, so daß wir nur wenig Unterlagen zur Prüfung der Angelegenheit bekommen konnten. Inzwischen liegt uns wesentlich mehr Material vor, aus dem recht eindeutig hervorgeht, daß die angegebene Zahl von 338 christlich-sozialen Betriebsräten offensichtlich richtig ist, daß aber bei weitem nicht alle diese Betriebsräte über Listen der Rhein-Ruhr-Aktion gewählt wurden. Nach zuverlässigen Berichten scheint die Rhein-Ruhr-Aktion das Pferd am Schwanz aufgezäumt zu haben. D. h., die Aktion stellte durch Vertrauensleute in den Betrieben fest, wieviel Betriebsräte auf christlicher Basis ihre Arbeit führen. Alle diese Männer und Frauen wurden dem Konto der Rhein-Ruhr-Aktion gutgeschrieben, obwohl sie nicht über deren Listen gewählt wurden. Die tatsächlich über die Listen der Aktion gewählten Betriebsräte dürften demnach bei weitem nicht die Zahl von 338 erreichen. Wir haben darüber hinaus sogar Stimmen von Betriebsräten erhalten, die sich in aller Deutlichkeit von der Rhein-Ruhr-Aktion distanzieren, obwohl sie als ‚christlich-soziale‘ Betriebsräte anzusprechen sind. Wir hoffen, daß Ihnen mit dieser Antwort gedient ist. Ihr Schreiben vom 18. 6. und unsere Antwort, die Ihnen vorliegt, werden wir unter unserer Rubrik ‚Unsere Leser haben das Wort‘ in der August-Nummer der Zeitschrift veröffentlichen. Mit freundlicher Begrüßung.“

Die Schriftleitung